

(Minister Dr. Krumsiek)

- (A) ken. Wenn man es tut, darf man es nicht auf den Status der Staatsanwälte beschränken; dann muß man, wie Herr Kollege Klütsch das angesprochen hat, überlegen, ob man den Umfang dieser Beamten einschränkt oder erweitert. Das kann man im Rahmen einer Novellierung des Landesbeamtengesetzes tun; das kann man auch mit dem Inkrafttreten einer neuen Legislaturperiode tun. Wir halten den gegenwärtigen Zeitpunkt aber nicht für geeignet, um diese Frage isoliert zu lösen und eine einzelne Vorschrift des Landesbeamtengesetzes zu ändern.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Riemer: Wortmeldungen liegen nicht mehr vor.

(Zurufe von der F.D.P.)

- Oder wollten Sie noch sprechen, Frau Larisika-Ulmke? Mir wurde gesagt, die vorgesehene weitere Runde entfalle. Aber Sie haben natürlich die Möglichkeit, von Ihrem verfassungsmäßigen Recht Gebrauch zu machen.

(Frau Larisika-Ulmke (F.D.P.): Bevor ich erschlagen werde, verzichte ich.
- Heiterkeit - Frau Robels (CDU): Wir erschlagen Sie nicht!)

- Also: Frau Larisika-Ulmke verzichtet.

- (B) Dann kann ich jetzt endgültig feststellen: Wortmeldungen liegen nicht mehr vor. Ich schließe die Beratung.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die Überweisung des Gesetzentwurfs an den Rechtsausschuß - federführend - und an den Ausschuß für Innere Verwaltung. Wer dieser Empfehlung zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Dann ist so beschlossen.

Ich rufe Punkt 3 der Tagesordnung auf:

Gesetz über Änderungen im Hochschulbereich

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 10/2599
erste Lesung

in Verbindung damit:

Rücknahme des Gesetzentwurfs über Änderungen im Hochschulbereich

Antrag der Fraktion der F.D.P.
Drucksache 10/2659

Zur Einbringung des Gesetzentwurfs Drucksache 10/2599 der Landesregierung erteile ich zunächst der Ministerin für Wissenschaft und Forschung, Frau Brunn, das Wort.

Frau Brunn, Minister für Wissenschaft und Forschung: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Bereits in der letzten Woche hatten wir hier im Hause im Rahmen der Fragestunde eine sehr lebhaft diskutierte Diskussion zu Hochschulstrukturfragen; sie schloß sich an die Mündliche Anfrage des Herrn Abg. Dr. Posdorf an. Ich nutze deshalb die Gelegenheit, im Zusammenhang mit der Einbringung des Gesetzes, das ja Bestandteil der Erneuerung der Hochschulstruktur ist, die Position der Landesregierung noch einmal im Zusammenhang darzustellen.

Ausgangspunkt all unserer Überlegungen ist die Zukunft der Hochschulen. Wir müssen jetzt in vorausschauender Planung unsere Hochschulen auf die Anforderungen der 90er Jahre einstellen und uns deshalb auf das Jahr 2000 bereits jetzt vorbereiten, wenn wir es richtig erreichen wollen. Unsere Planungen sind daher von folgenden Prämissen geleitet:

Wir wollen das Hochschulsystem an allen seinen Standorten erhalten.

Wir wollen die Fähigkeit der Hochschulen zu Forschung und Entwicklung weiter stärken.

Wir wollen, daß die Hochschulen weiterhin wichtige Beiträge zur ökonomischen und ökologischen Erneuerung unseres Landes leisten können - und unser Land steht tatsächlich vor großen Herausforderungen; denn die traditionelle Industrieregion Nordrhein-Westfalen ist in einem tiefgreifenden Wandel begriffen.

Wir wollen unsere Hochschulen in Stand setzen, an der Bearbeitung der Zukunftsaufgaben sinnvoll mitzuwirken. Die Anforderungen der Zukunft sind - und das möchte ich heute schon mit Gewißheit sagen - ohne die Wissenschaftler, ohne Wissenschaft und Forschung, ohne die Hochschulen des Landes und deren aktive Beteiligung nicht zu bewältigen.

Diese Veränderungen erfordern etwa im Umweltschutz ganz neue Methoden und Ansätze in der Grundlagenforschung und in der anwendungsbezogenen Entwicklung. Die Hochschulen müssen Impulse für die wirtschaftliche, soziale und kulturelle Erneuerung ihrer jeweiligen Region, ihres jeweiligen Umfeldes geben können.

Andererseits - und auch darauf müssen wir achten -: Die Studentenzahlen an unseren

(C)

(D)

(Frau Minister Brunn)

- (A) Hochschulen werden in absehbarer Zeit deutlich zurückgehen. Die demographischen Daten der nun kommenden Jahrgänge lassen keine andere Schlußfolgerung zu. Auch wenn wir die soziale, regionale und inhaltliche Öffnung der Hochschulen aufrechterhalten und sogar weiter ausbauen, so werden die Studierendenzahlen insgesamt doch erheblich kleiner werden. Bei einer ganz optimistischen, bildungsoptimistischen Übergangsquote rechnen wir heute bis 1995 mit einem Rückgang der Studienanfängerzahlen um knapp 30 %.

Jeder aufmerksame Beobachter kann sich schon jetzt ausrechnen, was passieren würde: Fächer, die heute schon wenig nachgefragt und wenig attraktiv sind, würden zunehmend vor sich hinkränkeln; Studiengänge, die nur noch wenige Arbeitsmarktchancen versprechen, würden bei vollem Fächerbestand langsam einschlafen, und für Neues gäbe es keinen Spielraum.

Wir sind also aufgefordert, durch Umbau von Studienangeboten und Forschungsrichtungen die Lebensfähigkeit der Hochschulen zu entwickeln und zu garantieren. Ich sage Ihnen deutlich: Ein langsames Ausbluten einzelner Fächergruppen, Studiengänge und Standorte will ich nicht hinnehmen und auch nicht verantworten. Es muß jetzt darum gehen, neue Akzente zu setzen und die Hochschulen für die Zukunft fit zu machen, um im Sportlerdeutsch zu sprechen. An gesellschaftlichen Aufgaben mangelt es tatsächlich nicht, und am Interesse der jungen Generation an Bildung und Wissenschaft mangelt es auch nicht. - Dies zum Hintergrund unserer Strukturmaßnahmen.

(B)

Wir haben mit den Hochschulen in einem langen Diskussionsprozeß erste Grundsatzentscheidungen vorbereitet. Dies sind die Stationen:

Zunächst habe ich im Sommer 1986 in einer Dienstbesprechung der Rektoren und Kanzler der Universitäten und Gesamthochschulen erste Überlegungen für die zukünftige Hochschulentwicklung vorgetragen, ein auf diesen Ausführungen basierendes Papier den Hochschulen zur Diskussion gesandt und sie um Übermittlung ihrer eigenen Vorstellungen gebeten. Dies hat zum Beispiel die Universität - Gesamthochschule - Paderborn zur Vorlage eigener Strukturüberlegungen veranlaßt, und einige andere Hochschulen sind mit sehr präzisen eigenen Vorstellungen gefolgt.

Dann habe ich - zweitens - im Januar 1987 den Hochschulen Planungsgesichtspunkte und regionalisierte Daten zur Hochschulentwicklung zugesandt.

Drittens habe ich auf dieser Basis im Februar und März alle Hochschulen zu ihren eigenen Planungsüberlegungen und insbesondere zu den Problemen der Lehrerausbildung angehört.

(C)

Viertens, darauf aufbauend, habe ich meine Perspektiven für die Hochschulentwicklung, den "Plan 2001", entwickelt und innerhalb der Regierung abgestimmt. Am 14. Juli hat die Landesregierung dem in einem ersten Durchgang zugestimmt.

Die Perspektiven bestehen aus einem grundsätzlichen Teil mit Planungszielen und Planungskriterien und aus Einzelentscheidungen zu Lehrerausbildung, Medizin, Fachhochschulstandorten und Kunst.

Folgen sollen Gesellschaftswissenschaften, Ingenieur- und Naturwissenschaften.

Der Wissenschaftsausschuß hat das Papier vom 14. Juli inzwischen zur Kenntnis genommen. Der "Plan 2001" durchläuft nun die Stationen von Diskussion über Prüfung und Fortschreibung zur Realisierung. Der grundsätzliche Teil mit den Grundpositionen, z. B. der Bestätigung der Beibehaltung von Öffnung und Regionalisierung der Hochschulen und mit den Grundannahmen zur Entwicklung von Fächern und Studierendenzahlen, ist Gegenstand eines öffentlichen Diskussionsprozesses in den Hochschulen. Hier beteiligen sich auch die Studierenden sehr intensiv.

Der spezielle Teil mit den Einzelentscheidungen umfaßt wiederum vier Realisierungsstufen.

(D)

Erstens. Die Entscheidungen im Kunsthochschulbereich wurden vom Landtag bereits im Zusammenhang mit der Kunsthochschulgesetzgebung getroffen. Drei neue Kunsthochschulen wurden durch Ihre Entscheidung Mitte Oktober geschaffen. In den aktuellen Haushaltsplanberatungen des Landtages werden erste Konsequenzen daraus bereits gezogen.

Die zweite Stufe dieser Realisierung der Einzelentscheidungen ist folgende: Nach weiteren Beratungen mit den Hochschulen hat das Kabinett am 17. November die Einzelentscheidungen - außer bei der Kunst, weil sie schon erledigt ist - zum Teil modifiziert, jedoch in den Grundsätzen bestätigt und zu den Entscheidungen, die eine Gesetzesänderung erfordern, einen Gesetzentwurf vorgelegt. Dieser Gesetzentwurf steht heute zur Beratung an.

Drittens. Als nächstes werden die Hochschulen in einem weiteren Durchgang zu der

(Frau Minister Brunn)

- (A) Verordnung angehört, die wir zur Reduzierung von Studiengängen z. B. in der Lehrerbildung erlassen müssen. Diese Verordnung wird dann in der Regierung abgestimmt. Voraussichtlich im kommenden Frühjahr nimmt der Wissenschaftsausschuß des Landtags dazu Stellung.

Viertens. Die anderen Maßnahmen wie Schaffung neuer Studiengänge und Umverteilung von Stellen werden unter anderem durch Erlaß oder durch das Haushaltsgesetz 1989 geregelt.

Diese vier Realisierungsstufen sollen bis Mitte nächsten Jahres abgeschlossen sein. Es handelt sich also um einen sehr komplexen Prozeß, der viele Gespräche in und mit den Hochschulen notwendig macht und natürlich auch nicht konfliktfrei verlaufen kann.

Lassen Sie mich einige Worte zu den Beratungen mit den Hochschulen sagen. Die Hochschulen haben im vergangenen Jahr die Stellenkürzungen - 165 von 33 000 Stellen außerhalb der Medizin - als außerordentlich belastend empfunden. Sie unterstützen die in unserer Hochschulperspektive vertretene Position, daß Stellen nicht aufgegeben werden können, solange die Überlastung im Hochschulbereich anhält. Sie sind bereit, zum Umbau und zur Erneuerung der Hochschulen aktiv beizutragen und daran aktiv teilzunehmen.

- (B) Sobald der Prozeß jedoch konkret wird, ist es für alle Beteiligten schwierig, wenn es um den Besitzstand geht. Hier geht es auch um Interessengegensätze innerhalb von Hochschulen. Wer beteiligt sich schon gerne an der Ausbringung eines kw-Vermerks an der Stelle eines Kollegen, auch wenn dessen Studienanfängerzahlen gegen Null tendieren. Überall dort, wo abgebaut wird, gibt es Proteste, die manchmal weit über den Kreis der tatsächlich Betroffenen hinausgehen. Die Zukunft, das Neue hat hingegen heute selten eine Lobby. Wir werden noch viel Überzeugungsarbeit leisten müssen.

Auch die Studierenden haben sich an einigen Orten in hohem Maße beteiligt. Hier entstehen völlig neue kreative Bewegungen und Aktionen. Dabei kommen allerdings - und das bedauere ich - gegenwärtig noch Aktionen zugunsten des Hergebrachten, dessen, was man schon kennt und hat, zustande. Für Erneuerung treten die Studierenden heute erst dann ein, wenn es für sie ganz konkret greifbar ist.

Nun zu den im Gesetz im einzelnen anstehenden Strukturmaßnahmen!

(C) Die Landesregierung schlägt vor, die Fachhochschule Hagen aufzulösen. Die Abteilung Iserlohn wird der Fachhochschule Dortmund zugeordnet und erhält den Namen "Märkische Hochschule". Der Fachbereich Elektrotechnik wird von Hagen nach Iserlohn verlagert, und die übrigen bislang in Hagen angebotenen Studiengänge Architektur, Bauingenieurwesen, Sozialarbeit und Sozialpädagogik laufen in Hagen aus.

Diese Vorschläge sind das Ergebnis sorgfältiger Prüfungen über die Situation in Hagen. Wir haben ausführlich und kontrovers mit der Hochschule, mit den Vertretern von Politik und Wirtschaft, mit den Sozialpartnern und den vielen, die sich dazu zu Wort gemeldet haben, gesprochen. Die Landesregierung ist der Überzeugung, daß die Fachhochschule Hagen am Standort Hagen mit dem gegenwärtigen Fächerspektrum für das kommende Jahrzehnt nicht überlebensfähig wäre. Anderes gilt für die Abteilung Iserlohn.

Die Abteilung Hagen ließe sich nur dann aufrechterhalten, wenn in großem Umfang Personal- und Sachinvestitionen getätigt würden und wenn dort völlig andere Studiengänge wären. Ich brauche Ihnen allerdings bei der abzusehenden Studierendenentwicklung und bei der Haushaltslage des Landes nicht zu sagen, daß derartig umfangreiche Investitionen hier nicht realistisch wären. Hagen ist gegenwärtig nur deshalb einigermaßen gut besucht, weil die ZVS mit ihrem Verteilungsverfahren auch solche Studienanfänger dorthin zuweist, die an einen ganz anderen Studienort wollten.

(Diegel (CDU): Das ist bei anderen Hochschulen nicht anders!)

Dennoch hat die Abteilung Hagen der Fachhochschule Hagen am Standort Hagen in den letzten vier Jahren bereits 30 % ihrer Studienanfänger verloren.

Allein in Elektrotechnik hat die Fachhochschule Hagen gute Perspektiven. Und dem wollen wir mit der Verlagerung der Elektrotechnik nach Iserlohn Rechnung tragen. Iserlohn wird mit Elektrotechnik einen weiteren zukunftssträchtigen Studiengang erhalten. Er bietet vielfältige Kooperationsmöglichkeiten mit den anderen, bereits vorhandenen Studiengängen. Mit dieser Arrondierung ist Iserlohn so anziehend, daß das Gerede der letzten Monate, das man von Hagen nach Iserlohn zu übertragen versucht hat, abwegig ist.

Der vorliegende Gesetzentwurf sieht für das Personal der Hagener Fachhochschule neue

(Frau Minister Brunn)

- (A) Zuordnungen vor. Das Personal kann entweder von der Bochumer oder von der Dortmunder Fachhochschule übernommen werden. Für das Verwaltungspersonal soll die Möglichkeit gegeben werden, am Standort Hagen zu bleiben und etwa in der Fernuniversität tätig zu werden. Hier braucht also niemand um seinen Arbeitsplatz zu fürchten. Die Studierenden sollen ihr Studium auch zu Ende führen können.

(Dr. Fischer (CDU): Die Botschaft höre ich wohl!)

Dennoch ist die Entscheidung schmerzlich für die Stadt Hagen. Deshalb wollen wir Hagen durch die Verlegung des Fachbereichs Elektrotechnik der Fernuniversität von Iserlohn nach Hagen stärken. Bereits im kommenden Jahr soll darüber hinaus die Informatik der Fernuniversität ausgebaut werden.

Die Landesregierung schlägt Ihnen weiterhin vor, in Ostwestfalen die Fachhochschulstudiengänge neu zu ordnen. Trotz der gravierenden Einbrüche im Arbeitsmarkt der Bauingenieure bieten wir bisher an drei Standorten in Ostwestfalen diese Studiengänge an, ganz zu schweigen von den Studiengängen, die noch zweimal im Nachbarland Niedersachsen in unmittelbarer Nähe ebenfalls angeboten werden. Die Nachfrage nach entsprechenden Studienplätzen hat aber deutlich nachgelassen. Hier ist also eine Neuordnung dringend geboten. Wir wollen die attraktiven und zukunftsweisenden Standorte und Fächer stärken und nicht etwa schwächen.

(B)

Detmold hat eine einmalige Fächerkombination von Architektur, Innenarchitektur, Bauingenieurwesen und dem Zusatzstudiengang Wohnungswirtschaft. Seit sieben Jahren baut man dieses Modell dort auf und hat es erfolgreich entwickelt. Hier soll kein Bestandteil weggenommen werden. Die Studiennachfrage, die ausgezeichnet ist, zeigt, daß das Modell angenommen wird.

Die Studiengänge Bauingenieurwesen und Architektur an der Abteilung Höxter der Universität - Gesamthochschule - Paderborn sind hingegen auf Dauer nicht überlebensfähig. Hier haben wir große Schwierigkeiten zu verzeichnen. Das zeigt die Nachfrage nach Studienplätzen.

Anders als ursprünglich vorgesehen, verbleibt die Abteilung Höxter nun bei der Universität - Gesamthochschule - Paderborn. Die Paderborner Hochschule konnte in ihren Vorschlägen deutlich machen, daß sie auch beim Wegfall der baubezogenen Studiengänge in Höxter bessere Entwicklungen für den bei

ihnen so sehr erfolgreichen Studiengang Landespflege sieht. Wir sind mit der Universität - Gesamthochschule - im Gespräch über einen neuen umweltrelevanten Studiengang, der zur Landespflege paßt und eine Spezialisierung in dieser Richtung zuläßt.

(C)

Dort, wo der Studiengang Landespflege und der neu zu errichtende Studiengang Anteile aus dem Bauingenieurwesen und der Architektur benötigen, soll es zu einer Kooperation mit der Fachhochschule Lippe kommen. Die jetzt vorgeschlagene Lösung für den Raum Höxter kann von allen Beteiligten akzeptiert werden. Sie gibt Raum für eine Stärkung des attraktivsten Studiengangs in Höxter, nämlich der Landespflege; sie regt weiterhin zu verbesserter Kooperation mit den anderen Studiengängen der Gesamthochschule Paderborn, aber auch zu einer Kooperation mit der Fachhochschule Lippe an. Schließlich hat bereits jetzt in Paderborn ein kreativer Denkprozeß eingesetzt, was die Neukonzipierung eines Studiengangs betrifft.

In Höxter werden Bauingenieurwesen und Architektur wegfallen. Die Nachfrage nach diesen Studiengängen hatte sich außerordentlich verschlechtert. Das Bauingenieurwesen ist bereits jetzt nur zu 64 % ausgelastet. Für die Architektur hatten sich auf 79 Studienanfängerplätzen nur noch 23 Studienbewerber gemeldet. Diese Abwärtsentwicklung ist von der betroffenen Abteilung durchaus gesehen worden.

Mit diesem Schritt hoffen wir zugleich die Entwicklung in Minden positiv zu beeinflussen. Durch die Streichung der Studiengänge in Höxter könnte der Standort Minden im Bauingenieurwesen und in der Architektur besser ausgelastet werden. Minden mußte mit seinen beiden baubezogenen Studiengängen attraktiv bleiben und muß noch attraktiver werden. Im Wasserstraßenbau hat man dort etwas zu bieten.

(D)

In Minden steht in den nächsten Jahren ein Schub von Pensionierungen an. Hier besteht die Gefahr, daß es zu personellen Engpässen kommt, die ein qualifiziertes Studium in allen Fächern nicht mehr ermöglichen. Die Landesregierung schlägt deshalb vor, die Abteilung Minden von der Fachhochschule Bielefeld wegzunehmen und der Fachhochschule Lippe zuzuordnen; denn Bielefeld hat keine baubezogenen Studiengänge. Insofern wäre bei einem Verbleib von Minden bei Bielefeld das Auslaufen Mindens abzusehen. Eine sichere Zukunft für Minden ist deshalb nur im Verbund mit der Fachhochschule Lippe und ihren baubezogenen Studiengängen in Detmold zu erreichen.

(Frau Minister Brunn)

- (A) Auch hier gilt: Wir wollen in Zukunft nicht die Konkurrenz um Studienbewerber schüren, sondern wir wollen die Standorte zu einer gemeinsamen Ausbildung, zu einer Schwerpunktbildung und zu einer Stärkung dessen bringen, was weiterführt. Nur so haben auch Detmold und Minden gute gemeinsame Entwicklungschancen.

Die übrigen Beschlüsse der Landesregierung und deren Fortgang will ich wie folgt benennen - umgesetzt werden sie, wie eingangs dargelegt, im wesentlichen durch Verordnung oder durch das Haushaltsgesetz 1989 -:

Es geht um den Erhalt der Lehrerausbildung an allen Standorten, allerdings bei verändertem Fächerangebot.

Es geht um die Reduzierung der Studienanfängerkapazität in der Medizin um etwa 25 %. Die Vorklinik in Essen soll allerdings nicht eingestellt, sondern erhalten werden.

Und es geht um die Bildung einer Verwaltungsgemeinschaft zwischen der Fachhochschule Köln und der Fachhochschule für Bibliotheks- und Dokumentationswesen in Köln.

Lassen Sie mich im folgenden eine kurze Anmerkung zur Medizin machen:

- (B) Ich war erfreut, welch hohes Maß an Zustimmung unsere Vorschläge bei den betroffenen Hochschulen, aber auch überregional beim Wissenschaftsrat gefunden haben. Sie wissen, daß der Wissenschaftsrat eine entsprechende Empfehlung an alle Bundesländer herausgegeben hat, die auf den nordrhein-westfälischen Positionen beruht. Hier gab es keine Abwehrkämpfe, sondern Verständnis und vielfach Übereinstimmung, auch die Einsicht, daß das, was dort umverteilt wird, an anderer Stelle sinnvoll eingesetzt werden kann. Allerdings legen die Mediziner auch Wert darauf, daß für die medizinische Forschung Möglichkeiten gewonnen werden. Wir wiederum legen Wert darauf, daß das, was dort an Stellen frei wird, zur Umwidmung in Überlastfächer zur Verfügung steht. Ich denke dabei vor allen Dingen auch an die Informatik.

Ich stehe zu einem intensiven, aber zeitlich befristeten Diskussions- und Entscheidungsprozeß. Für ein jahrelanges Zerreden und Zerfasern wichtiger strukturpolitischer Entscheidungen möchte ich mich in keiner Weise aussprechen. Deshalb halte ich Vertagungen und ähnliches, etwa ein Einschleiben weiterer Kommissionen, nicht für sinnvoll. Ich bin der Meinung, Sie als Landtag sind nach Anhörung in der Lage, über diesen Gesetzentwurf zu

entscheiden. Deshalb bin ich überhaupt nicht der Auffassung, daß man diesen Prozeß hinauszögern sollte; denn damit erwiesen wir unseren Hochschulen einen Bärendienst. (C)

Besonders heftige Proteste hat es in den letzten Tagen gegen unsere Planung zur Hochschulstruktur in Aachen gegeben. Deshalb will ich ein paar Worte dazu sagen, obwohl Aachen gegenwärtig von diesen Maßnahmen gar nicht berührt ist, sondern in den Diskussionen um die Verordnung weiter beraten wird.

Die Landesregierung hält, wie dargelegt, am Erhalt aller 13 Lehrerausbildungsstandorte fest; auch Aachen bleibt Lehrerausbildungsstandort, auch Aachen behält seine Philosophische Fakultät.

(Dr. Fischer (CDU): Aber doch nur noch sehr begrenzt!)

Die Landesregierung hat aber keinen Zweifel daran gelassen - und sie wird es auch in Zukunft nicht tun -, daß der Erhalt aller Standorte nicht die Fortschreibung des Status quo in der Lehrerausbildung und in den Geisteswissenschaften bedeuten kann. Wir werden also auch nicht nur in Aachen Veränderungen vornehmen; wir werden von den Universitäten Bochum und Dortmund eine Zusammenarbeit in der Lehrerausbildung erwarten, mit dem Ziel, daß dort praktisch ein gemeinsamer Lehrkörper die Ausbildung für beide Standorte wahrnimmt. Die Hochschulen sind bei allen Schwierigkeiten, die damit verbunden sind, auch durchaus bereit, dies zu tun. (D)

Wir werden Einschränkungen des Fächerangebots nicht nur in Aachen vornehmen müssen, sondern z. B. auch in Duisburg und in Bonn. Für Aachen wollen und müssen wir im Interesse der berufsbildenden Schulen, bei denen wir den stärksten Lehrermangel haben, erreichen, daß die Nachfrage nach ingenieurwissenschaftlichen beruflichen Fachrichtungen steigt und daß die Ausbildung von Lehrern in techniknahen Fächern auch in den Geisteswissenschaften verstärkt wird.

Nun ist in Aachen ein heftiger Streit darüber entbrannt, daß mit dem Wegfall einzelner Lehrerausbildungsstudiengänge gleichzeitig die entsprechenden Magisterstudiengänge wegfallen sollten, aber eine Beibehaltung und Reduzierung des einen, welches mit dem anderen im Lehrangebot praktisch identisch ist, macht wenig Sinn. Aus diesem Grunde muß hier, wenn eine Unterauslastung nicht verschärft werden soll, auch von Seiten der Hochschule ein konstruktiver Vorschlag

(Frau Minister Brunn)

- (A) darüber, welche Studiengänge sie anbieten möchte, kommen. Die Landesregierung hat jedenfalls ausdrücklich vorgesehen, daß in Aachen auch eine Erneuerung des Studienangebots möglich sein soll, nur ist die Hochschule darauf bisher noch nicht eingegangen.

(Dr. Posdorf (CDU): Da habe ich etwas anderes gehört!)

Die Landesregierung hat für Aachen auch ein Sprachenzentrum vorgesehen, und auch dieses muß mit der Hochschule weiter besprochen werden.

Ich meine aber, daß man die Art und das Ausmaß des Protestes auch richtig einschätzen muß. Dabei finde ich es gut, daß Studenten und Dozenten für ihre Angelegenheiten eintreten. Es wundert mich allerdings auch nicht, wenn Besitzstände gewahrt werden sollen. Dieser Aspekt kann aber nicht Gegenstand der Entscheidung sein, denn sonst bewegt sich am Ende überhaupt nichts. Ich habe jedoch kein Verständnis für eine Kritik, die jedes Augenmaß verliert, denn wir müssen auch bedenken, daß die Studiengänge, um die es dort geht, bereits in den letzten Jahren einen erheblichen Schwund an Studierenden haben hinnehmen müssen.

Ich will das aufzeigen: In Aachen hat die Zahl der Studienanfänger in den Geisteswissenschaften von 1981 - dem Jahr, als der Höchststand erreicht war - bis 1986/87 um 57 %, d. h. um weit mehr als die Hälfte, abgenommen. Wer also das Hergebrachte unverändert beibehalten will, der hat keine Vorstellung von dem, was sich an dieser Hochschule tatsächlich tut.

(B)

Vorgestern hat in Aachen ein Redner des Deutschen Gewerkschaftsbundes Tausende von Studierenden auf die großen Probleme hingewiesen, die die bevorstehende Schließung der Zeche Emil Mayrisch und andere schmerzhaft Arbeitsplatzverluste für die Region Aachen mit sich bringen würden, und den Studierenden zugerufen: "Hoffentlich seid ihr auch alle da, wenn es darum geht, für unsere Arbeitsplätze, für die Zukunft der Bergarbeiter und für ihre Familien zu kämpfen!" Ich meine, das sollte man wirklich festhalten.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, was wir hier tun, ist nicht populär. Es ist sicher populärer, die Errichtung dreier neuer Kunsthochschulen zu beschließen, als Entscheidungen über Studiengänge, die umstrukturiert werden müssen, oder auch über Hochschulabteilungen oder Standorte, in denen Studiengänge aus-

laufen müssen, zu fällen. Aber ich glaube, ein Parlament und eine Regierung, die verantwortlich handeln, die eine Veränderung und Erneuerung wollen, die müssen auch in der gegenwärtigen Situation bereit sein, aus Entwicklungen Konsequenzen zu ziehen und sich auf Neues rechtzeitig einzustellen. Das ist heute hier unsere Aufgabe; darum lege ich Ihnen diesen Gesetzentwurf vor und bereite die weiteren genannten Schritte zur Hochschulentwicklung vor, und zwar in Diskussion mit den Hochschulen. Zu diesem Thema werden wir sicherlich noch einige Kontroversen austragen.

(C)

Vizepräsident Dr. Riemer: Ich danke der Frau Ministerin für die Begründung. Zur Begründung des Antrages der F.D.P.-Fraktion Drucksache 10/2659 erteile ich Herrn Abg. Schultz-Tornau das Wort. Die Redezeit für diese Begründung wird auf die allgemein vereinbarte Redezeit angerechnet, Herr Kollege.

Schultz-Tornau^{*)} (F.D.P.): Das weiß ich, Herr Präsident. Ich finde das auch gut, weil die Länge der Beiträge nicht unbedingt die Qualität der Auseinandersetzung heben muß.

(Kniola (SPD): Das ist nur ein Abbild des Stimmverhaltens der Wähler, sonst nichts!)

- Richtig, wenn man das auf die Quantität bezieht!

Frau Ministerin, Sie haben davon gesprochen, man solle die Dinge nicht zerreden und nicht zerfasern. Ich glaube, niemand zerredet und zerfasert die notwendige Strukturentscheidung an unseren Hochschulen so sehr, wie Sie das tun.

(D)

(Zustimmung bei F.D.P. und CDU)

Wir sollten uns in aller Nüchternheit an das Frühjahr dieses Jahres erinnern, als wir, die F.D.P., einen Vorschlag unterbreitet haben, der Ihnen, Herr Kollege Kraft, als sehr formalistisch erschienen ist, obwohl Sie als gebildeter Mensch ja wissen müßten und auch wissen, wie häufig es gerade für die Qualität der Ergebnisse auf die Qualität der Verfahren ankommt. Damals ist gesagt worden: Wir brauchen das alles nicht. Das, was Sie mit einem umständlichen, mehrere Jahre dauernden Verfahren erreichen wollen, schaffen wir in den nächsten Wochen. Wir werden Ihnen ein geschlossenes Strukturkonzept vorlegen.

(Zuruf von der SPD)

(Schultz-Tornau (F.D.P.))

- (A) - Sie sagen schon ganz ängstlich: das haben wir auch!, weil Sie genau wissen, daß Sie das nicht getan haben.

Dann kam dieses "Strukturpapier 2001", das gegenüber unserem Vorschlag einen Vorzug aufwies. Wir waren bescheidener; wir sprachen von "Planung 2000"; Sie haben ein Jahr "draufgesetzt". Betrachtet man das Papier allerdings inhaltlich, dann muß man einfach feststellen - ich darf das noch einmal wiederholen - : Bruchstücke ohne das Gepräge des Ganzen. Sie, Frau Ministerin, haben eben trotz aller beschönigenden Verschleierungen sehr deutlich gemacht, daß Sie auch in diesem Strukturkonzept nur Teilbereiche angesprochen haben. Es fehlt der gesamte Bereich der Naturwissenschaften! Es fehlt der gesamte Bereich der Technik! Es fehlt jede Quantitätsaussage zu dem, was im Hinblick auf die Geisteswissenschaften so vornehm als "Ausdünnung" beschrieben wird! Das alles fehlt!

Wenn ich jetzt Hochschulen besuche, komme ich mir vor wie der Lehrer in dem Spielfilm "Die Feuerzangenbowle", der immer sagen muß: "Da stellen wir uns mal ganz dumm." Ich muß mich nicht dumm stellen, sondern ich kann den Leuten keine Antwort geben, wenn sie mich fragen, auf was das Ganze hinausliefe. Wir kennen nur einzelne Stückchen. In Bielefeld wurde mir vor ein paar Tagen vorgehalten, dort sollten Kunst und Musik "abgezogen" werden. Es wurde gefragt, wie das in einem Gesamtkonzept zu verstehen sei, was sonst noch auf sie zukomme, was z. B. "Ausdünnung" heiße. Ich muß dann antworten: Ich weiß es nicht. Jedenfalls ist es aus offiziellen Papieren nicht zu entnehmen. Vielmehr bin ich gezwungen, die Ohren aufzusperren und zu hören, was im Ministerium oder was vielleicht im Arbeitskreis 19 irgendwo noch als "Fleisch an die Knochen" gegeben wird. Aber dort ist man sich ja - Gott sei dank - auch nicht einig.

(B)

Vizepräsident Dr. Riemer: Herr Kollege, lassen Sie eine Zwischenfrage zu?

(Schultz-Tornau (F.D.P.): Ja, gerne.)

- Bitte, Herr Kollege!

Dr. Posdorf (CDU): Herr Kollege Schultz-Tornau, sind Sie der Meinung, daß, wenn Sie und wir vom Ausschuß es schon nicht wissen, das Ministerium es vielleicht weiß?

Schultz-Tornau^{*)} (F.D.P.): Das ist ja das Problem, die Verfertigung der Gedanken während des Redens. Hier werden schon Dinge umgesetzt, ohne daß man insgesamt eine Planungsvorstellung hätte. Da dies das

Problem ist, bekommen wir solche Einzelteile vorgesetzt, ohne daß man einen Gesamtplan erkennen könnte.

(C)

(Dr. Posdorf (CDU): Den gibt es nicht!)

Sie haben mir im Sommer gesagt, Frau Ministerin, ich sei ja ganz gutwillig. Die Philosophie Ihrer Konzeption habe ich aber nicht verstanden. Da man ja immer lernfähig sein soll, habe ich mir den Kopf zergrübelt, wie sich das mit der Philosophie verhalten könnte. Heute morgen ist mir dann die Erleuchtung gekommen. Ich habe vor langer Zeit auch einmal Einführung in die Rechtsphilosophie gehört. Da war davon die Rede, daß Anfang dieses Jahrhunderts in den Vereinigten Staaten ein amerikanischer Philosophieprofessor die Philosophie des Als-Ob erfunden habe: daß man den Menschen angesichts ihrer schwierigen Lage, angesichts dessen, was sie bedrückt, ein Geflecht von Illusionen geben müsse, um ihnen die Bewältigung der Lebenswirklichkeit leichter zu machen.

Ich glaube, Sie sind gelehrige Schülerin dieser Philosophie des Als-Ob. Denn in Ihrem Strukturkonzept stehen wunderschöne Dinge. Im allgemeinen Teil steht ja nur wenig von Ausdünnen - das kommt später -, sondern da ist davon die Rede, daß den Hochschulen Freiräume geschaffen werden sollen, da ist die Rede davon, daß Innovationen ermöglicht werden sollen. Das ist alles wunderbar; aber es ist Philosophie des Als-Ob, wenn wir es in Parallele zu dem setzen, was uns heute als Gesetzentwurf vorgelegt wird. Denn in diesem Gesetzentwurf ist kein einziger Punkt enthalten, in dem von Aufbau, in dem von Neuem die Rede wäre, sondern es ist ausschließlich von Abbau, von Auflösung, von Einstellung die Rede. So verhält sich Illusion zur Wirklichkeit.

(D)

Sie haben Chancen vertan. Sie haben davon gesprochen, daß Sie Öffnungspolitik und Regionalisierungspolitik fortsetzen wollten. Schließung von Hochschulen, Kappung knapper Kapazitäten auch in Numerus-clausus-Fächern sind das Gegenteil von Öffnungspolitik. Und wenn eine Planung nicht danach fragt, wie die Region, die Wirtschaft einer Region denn die Zukunftschancen der Hochschullandschaft sieht und was die Wirtschaft dazu meint, diejenigen, die dort vor Ort in der Entscheidungssituation stehen, dann kann man auch nicht mehr von einem vernünftigen Regionalisierungskonzept sprechen.

Wir haben Sie deshalb in der Begründung unseres Antrags auch noch einmal auf diesen ja durchaus positiv zu bewertenden Zwischen-

(Schultz-Tornau (F.D.P.))

- (A) berichtet des Ministers für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie über die Zukunftsinitiative Montanregionen aufmerksam gemacht, in dem in sehr eindrucksvoller Weise deutlich wird, welchen Beitrag diese Wirtschaftsregionen von ihren Hochschulen erwarten. Wo aber ist das in dem Konzept, das Sie uns hier vorlegen, umgesetzt? Ich kann zur Zeit nicht entdecken, an welcher Stelle das eigentlich umgesetzt wäre. Das ist nicht der Fall, und deswegen kann man auch nicht davon reden, daß das, was wir heute vorgelegt bekommen haben, ein Beitrag zur Regionalisierungs-politik wäre.

Wenn man in die Einzelheiten des Gesetzentwurfs geht, dann ist es aus meiner Sicht besonders bedauerlich - auch das ein Bruckstück ohne das Gepräge des Ganzen -, daß Sie sich zunächst einmal die Fachhochschulen herausgegriffen haben und daß Sie dort zunächst einmal schließen und Möglichkeiten, die bisher vorhanden waren, abschneiden. Ich finde es bedauerlich, daß man gerade einer sozialdemokratischen Ministerin sagen muß, daß wir nicht an eine Hochschullandschaft denken können, wo die unterschiedlichen Hochschulbereiche isoliert nebeneinander gestellt werden, sondern daß man diese Dinge in einem Gesamtzusammenhang sehen muß und nicht trennen kann: hier Fachhochschulen, dort unser übriges Hochschulsystem. Wenn Sie so verfahren wären, hätten Sie die Dinge nicht so gestalten können, daß man sich zunächst einmal isoliert die Fachhochschulen herausgreift, ohne zu fragen, wie das alles in ein Gesamt-Hochschulkonzept hineinpaßt.

(B)

Wenn wir jetzt einmal die vier Punkte durchgehen, muß ich Ihnen sagen: Hagen ist für mich ein Verstoß gegen politischen Treu und Glauben. Ich darf zitieren, was Ihr Vorgänger, der jetzige Kultusminister Schwier, damals, als es in Hagen schon um schmerz-hafte Einschnitte ging, gesagt hat:

Unter der Verantwortung dieser Landesregierung wird es über die jetzt geplanten strukturellen Eingriffe keine weiteren Strukturveränderungen an der Fachhochschule Hagen geben.

Ich meine: Auch wenn inzwischen zwei Minister nachgefolgt sind - Herr Krumsiek und Sie, Frau Brunn -, müßten Sie sich beim Wort nehmen lassen. Es darf nicht so sein: Was interessiert mich das dumme Geschwätz meines Vorgängers! Das schafft kein Vertrauen in die Glaubwürdigkeit der Politik.

(Zustimmung bei F.D.P. und CDU)

Es ist auch interessant, beim Thema Hagen die Akzentverlagerung zu beobachten. Früher

hieß es, die Studentenzahlen gingen deutlich zurück, noch vor einigen Monaten. Nunmehr stellen wir ganz im Gegensatz zu dieser Ausgangsfeststellung fest, daß die Studentenzahlen in Hagen wieder steigen. Und nun wird das Ganze von der aktuellen Situation auf eine vermutete Langzeitprognose hin zurechtgerückt, um überhaupt die Argumentation noch einigermaßen halten zu können.

(C)

Sie haben gesagt, Sie hätten ausführlich diskutiert. Offensichtlich ist das tatsächlich so gewesen. Nur: Welche Schlußfolgerungen haben Sie aus dieser Diskussion gezogen? Das, was am Anfang hineingegeben worden ist, das finden wir jetzt auch zum Schluß wieder. Das ist enttäuschend. Nach einer langwierigen, ausführlichen und fairen Diskussion muß man doch das Gefühl haben, daß sich dadurch etwas in den Anschauungen verändert hat, was sich dann auch in der Betrachtung der Sache niederschlägt.

Zum Bereich Ostwestfalen-Lippe will ich das Positive vorwegnehmen. Ich finde es gut, daß nunmehr die Abteilung Höxter im Bereich der Gesamthochschule Paderborn verbleibt. Ich will hier auch nicht zerrreden, daß es offenbar Ansätze gibt, eine Konzeption zu finden, die die Lebensfähigkeit dieser Abteilung auf Dauer erhalten kann.

Nur: Eines kann ich nicht verstehen, und da komme ich praktisch auf den dritten Punkt: Minden. Hier sollte möglich sein - und das predige ich schon seit längerem -: Kooperation der unterschiedlichen Hochschulen, nicht Zerschlagung gewachsener Strukturen, sondern freiwillige Zusammenarbeit, Baukastenmodell: Was die eine Hochschule erarbeitet, nimmt die andere Hochschule auf und bewertet es.

(D)

Warum ist eigentlich, was für Höxter gilt, nicht für Minden billig? Wieso wird hier eine gewachsene Struktur zerschlagen? Wenn Sie Ostwestfalen-Lippe kennen, dann wissen Sie, daß es nicht der reine Zufall ist, daß wir eine Industrie- und Handelskammer haben, die den Bereich Bielefeld und den Bereich Minden/Lübbecke umfaßt, sondern daß das mit gewachsenen Wirtschaftsstrukturen zusammenhängt. Deshalb vernachlässigen Sie auch in diesem Fall wieder den Regionalzusammenhang, wenn Sie Minden dem Fachhochschulbereich Lippe zuschlagen. Ich meine, es müßte möglich sein, im Wege einer freiwilligen Zusammenarbeit, im Wege der Kooperation den Standort Minden bei Bielefeld zu belassen und dennoch die Kapazitäten, die Lippe bietet, in einen Gesamtzusammenhang einzubringen.

Ich halte es auch für provinzielles Denken, wenn wir den Bereich Ostwestfalen-Lippe neu

(Schultz-Tornau (F.D.P.))

- (A) ordnen und nur sozusagen in Klammern, gleichsam in einer Nebenbemerkung, den niedersächsischen Hochschulbereich einführen. In eine sinnvolle Planung - das kostet natürlich etwas mehr Zeit am Anfang - hätte auch das Gespräch mit Niedersachsen unbedingt einbezogen werden müssen.

Sie haben sich darüber beschwert - und haben das am Beispiel Aachen deutlich gemacht -, daß die Studenten protestieren, daß sie Neuerungen gegenüber - dies haben Sie kurioserweise gesagt - erst dann aufgeschlossen wären, wenn diese Neuerungen konkretisiert sind. - Mein Gott, darüber darf man sich doch nun wirklich nicht wundern, auch aufgrund von schlechten Erfahrungen, wenn man zunächst ein Konzept hat, das bei näherer Betrachtung von Abbau, Einstellung, Auslöschen bestehender Strukturen redet und dann lediglich als ferne Vision den Aufbau neuer Dinge ins Auge faßt. Dies ist eben auch ein entscheidender Planungsfehler: Wenn ich etwas abbaue, dann muß ich auch sagen, wohin konstruktiv die Reise gegen soll, und kann nicht erwarten, daß man einfach einen Vertrauens-, einen Glaubensvorschuß gewährt, der - leider! - durch nichts gerechtfertigt ist.

Deshalb appellieren wir an die Sozialdemokraten: Gehen wir gemeinsam den Weg, nicht stückchenweise schon im Vorfeld Einrichtungen aufzulösen, ohne nach einem Gesamtkonzept zu fragen, sondern verhalten wir uns gemäß der Logik: Erst der Gesamtplan und dann, in logischer Folge aus diesem Gesamtplan entwickelt, die Einzelentscheidung!

(B)

(Beifall bei der F.D.P.)

Vizepräsident Dr. Riemer: Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Dr. Kraft das Wort.

Dr. Kraft (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Da ich kein Redekonzept vor mir liegen habe, fällt es leicht, rasch auf das einzugehen, was Herr Kollege Schultz-Tornau gesagt hat. Hier kann ich die Einlassungen des Kollegen Herrn Professor Posdorf von der CDU-Fraktion aus den letzten Tagen mit hineinpacken. Beide bejammern sie hier, daß angeblich die Landesregierung bei dem jetzt vorgelegten Gesetzentwurf keine Prinzipien der Strukturplanung, keine Kriterien erkennen läßt. Sie sprechen von Salomitaktik, und sie fragen immer wieder: Was sind denn jetzt die durchgängigen Prinzipien?

(Widerspruch des Abg. Schultz-Tornau (F.D.P.))

Und sie rufen - das habe ich schon vor einiger Zeit einmal festgestellt - mit anderen zusammen, die bedauerlicherweise ebenfalls zum Teil von Hochschulen auf uns zukommen, in apotropäischen Gesten immer: Alles, nur dieses nicht! - Das ist wenig hilfreich und auch überhaupt nicht konstruktiv.

(Lachen des Abg. Schultz-Tornau (F.D.P.))

Herr Schultz-Tornau, Sie wissen doch ganz genau, daß die Kriterien, die Prinzipien dessen, was Sie hier verlangen, allgemein bekannt sind. Die knochenharten, die eisernen Fakten, vor denen wir uns nicht verbergen können, die jedem geläufig sind, heißen doch - ich nenne ein Schlagwort - "demographische Entwicklung"; das ist die eine Sache. Dies bedeutet, die Studentenzahlen gehen bis zur Mitte der neunziger Jahre um ein Drittel zurück. Daraus sind Konsequenzen zu entwickeln; da muß man handeln. Man kann das nicht einfach irgendwie auf sich niederprasseln lassen, wenn man nicht unverantwortlich vorgehen will.

(Zuruf des Abg. Schultz-Tornau (F.D.P.) - Weitere Zurufe von der F.D.P.)

Ein anderes Eckdatum heißt: Regionalisierung. Hier haben Sie der Landesregierung - so habe ich das verstanden - auch das Wort geredet.

Wenn man beides zusammenfaßt, diese beiden Daten allein, diese Erkenntnisse, wenn man sie als durchgängige Prinzipien einer Strukturplanung betrachtet, dann ergeben sich zwangsläufig Konsequenzen. Wenn weniger Studenten da sind und die Regionalisierung beibehalten wird, dann muß sich doch etwas ändern; wenn man da nicht mit dem Rasenmäher vorgeht, dann muß qualitativ, muß binnenstrukturell angepaßt werden.

(D)

Wir von der SPD-Fraktion meinen, daß genau in diesem Sinne die Ministerin sich geäußert hat. Das ist geradezu das Gegenteil dessen, was Sie zum Teil mit kleinlichem Bekritteln betreiben.

(Schultz-Tornau (F.D.P.): Ach, ach!)

Das hat uns die Ministerin visionär - ich will nicht sagen, in Phantastereien - mit einem Griff in das nächste Jahrtausend als konkrete, reale Utopie vorgelegt. Also gerade das Gegenteil - ich wiederhole es - von dem, was Sie hier in Form einer Klagemauer-Veranstaltung vorgetragen haben, ist uns damit auf den Tisch gebracht worden - von derjenigen, über die ich schon im anderen Zusammenhang die entsprechenden Adjektive gebracht habe.

- (A) Präsident Denzer: Herr Kollege Kraft, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Schultz-Tornau von der Fraktion der F.D.P.?

(Kraft (SPD): Aber jederzeit, gern!)

- Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort.

Schultz-Tornau^{*}) (F.D.P.): Herr Kollege Kraft, würden Sie mir zustimmen, daß man gern Visionen für das nächste Jahrtausend entwirft, wenn man kein Rezept für das nächste Jahrzehnt oder für das nächste Jahrhundert hat?

(Zustimmung bei der F.D.P. - Zuruf des Abg. Kniola (SPD))

Dr. Kraft (SPD): Wir werden ja, Herr Kollege - das scheint sich abzuzeichnen -, wenn wir in die weiteren Beratungen eintreten, die erfreulich lebhaft zu werden versprechen, uns darüber wahrscheinlich sehr intensiv auszutauschen haben.

(Zurufe von der F.D.P.: Aha!)

Bei den Strukturmaßnahmen, die ins Haus stehen und die mit dem Kunsthochschulgesetz angefangen wurden und nunmehr weitergeführt werden, steht Nordrhein-Westfalen an der Spitze der Bewegung. Wir hier sind ja die ersten, die konkret etwas auf den Tisch bringen, während alle anderen noch überlegen. Auch bei dem, was Sie von der F.D.P. immer wieder hier tun, daß Sie sagen, tut irgend etwas, aber nie sagen, was denn genau, nur alles abwehren, was kommt, sind hier endlich konkrete Schritte zu verzeichnen.

(B)

In dem Antrag der Fraktion der F.D.P. auf Rücknahme des Gesetzentwurfes verweisen Sie in sehr starkem Maße darauf, daß man doch Rücksicht nehmen möge auf das, was der Markt, die Wirtschaftskräfte dazu zu sagen hätten. Das ist natürlich janusköpfig. Richtig ist, daß die Hochschulen und die Wirtschaft, vor allem die kleinen und die mittleren Unternehmen, sehr eng zusammenarbeiten müssen. Das sehen wir auch. Technologietransfer, Kooperation zwischen Wirtschaft und Hochschule. Aber - und das zeigt sich hier auch an dem, was Kollege Schultz-Tornau gesagt hat -: Der Mensch lebt nicht vom Brot allein. Wer sich in dieses technische Denken zu sehr begibt, läuft Gefahr, davon eingefangen zu werden, und vergißt, daß es auch metaphysische Sehnsüchte und kulturelle Bedürfnisse gibt. Wir hier tragen dem Rechnung. Ich hoffe, daß Sie da mitmachen werden.

Ich appelliere nicht nur an die F.D.P. und die CDU, sondern auch an die Hochschulen, in noch viel stärkerem Maße bei dem, was wir hier vorhaben, was die Landesregierung betreibt, Flagge zu zeigen und sich noch viel klarer als bisher mit ihren strukturellen Überlegungen auf dem Weg in das nächste Jahrtausend einzubringen.

(C)

Der Rücknahmeantrag der F.D.P. paßt überhaupt nicht in die Zeit. Unsere Hochschulen beherbergen im Augenblick 436 000 Studenten.

(Diegel (CDU): Glaubst du das, was du sagst?)

- Natürlich, ich bin fest davon überzeugt.

(Diegel (CDU): Da kenne ich dich besser!)

- Herr Kollege Diegel, es wäre ja noch schlimmer, wenn wir uns hierherstellten, um zu heucheln.

(Lachen bei CDU und F.D.P.)

Der Wahrheit eine Gasse, das ist unsere Devise.

Die Studenten an den Hochschulen erwarten zu Recht eine zügige Beratung. Eine Verschleppungstaktik bringt hier überhaupt nichts.

Wir von der SPD-Fraktion begrüßen den heute vorgelegten Gesetzentwurf der Landesregierung. Wir bitten alle anderen in diesem Saal, sich nicht zu verweigern. Ich weiß nicht, ob die Hoffnung berechtigt ist. Ich war letztes in den USA. "Dum spiro spero" heißt das Motto von Virginia: Solange wir leben, hoffen wir. Ich hoffe, daß die CDU und auch die F.D.P. in der weiteren Beratung konstruktiv mitarbeiten.

(D)

(Beifall bei der SPD)

Präsident Denzer: Ich danke Ihnen, Herr Abgeordneter. - Für die Fraktion der CDU hat nunmehr Herr Abg. Dr. Posdorf das Wort.

(Zurufe von der CDU: Dr. Fischer bitte!)

- Ja, dann muß ich das erst ankündigen.

(Dr. Fischer (CDU): Der Abgeordnete ist jetzt nicht da; ich würde ihn vertreten.)

(Präsident Denzer)

- (A) - Damit ist Herr Abg. Dr. Posdorf aus der Rednerliste gestrichen. - Herr Kollege Fischer, Sie haben das Wort.

Dr. Fischer (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Dem engagierten Betrachter und Teilnehmer nordrhein-westfälischer Hochschulpolitik der letzten Jahre stellt sich anlässlich der heutigen Diskussion um das Hochschuländerungsgesetz die Frage, ob es sich hier um ein Streichersolo des Finanzministers oder ganz einfach um ein sozialdemokratisches Trauerspiel handelt. Im letzteren Falle ließe es sich wohl noch darüber streiten, ob wir uns bereits im fünften Akt befinden, der bekanntlich die Katastrophe bringt, oder ob weitere Akte mit weiteren Katastrophen folgen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben heute über den Scherbenhaufen der Hochschulpolitik dieser Landesregierung zu diskutieren. Wir haben heute über die von Ihnen, Frau Brunn, und vom Herrn Ministerpräsidenten zu verantwortende Politik zu diskutieren,

(Frau Friebe (SPD): Die das geschaffen haben!)

die den Universitäten und Fachhochschulen dieses Landes und ihren Städten und Regionen immer mehr schmerzhaft Eingriffe, Amputationen und sogar lebensbedrohliche Totaloperationen zumutet.

- (B) Der vorliegende Gesetzentwurf markiert den Zusammenbruch der Hochschulpolitik dieser Landesregierung, wenn es denn je eine nennenswerte gegeben hat.

Kollege Schultz-Tornau hat eben dargelegt, daß dieser Landesregierung ein Gesamtkonzept fehlt, und ich füge hinzu: Es wird deshalb nicht vorgelegt, weil es einfach nicht vorhanden ist. Die Landesregierung hat bis heute keine Zielkonzeption entwickelt, die den folgenden wichtigen Punkten in einer Gesamtschau Rechnung trägt. Ich nenne exemplarisch einige wenige: Rückgang der Studentenzahlen frühestens Anfang der 90er Jahre, Zusatzstudiengänge, Ausweitung der wissenschaftlichen Weiterbildung, Schwerpunktbildung an den Hochschulen, Einrichtung neuer zukunftsweisender Studiengänge, Studienzeitverkürzung, Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses, Abbau der Überlastquote, Sicherung der Lehrerausbildung bei steigendem Bedarf.

Das im Juli vorgelegte Papier der Landesregierung ist weitgehend nur der Lehrerbildung und der Medizin gewidmet. Aspekte der

Natur- und Ingenieurwissenschaften, der Sozial- und Wirtschaftswissenschaften oder auch der Jurisprudenz fehlen fast völlig und liegen bis heute nicht vor. (C)

Auf dieser mangelhaften Basis, meine sehr verehrten Damen und Herren, soll das Parlament Einzelentscheidungen treffen. Ein Ansinnen, das mehr als abenteuerlich und geradezu eine Zumutung ist! Aus Zeitmangel kann ich auf den Lehrerbildungsbereich - Stichpunkte Aachen, Bochum, Dortmund - leider nicht eingehen. Das wird im Ausschuß nachgeholt. Ich möchte heute dazu nur zwei Punkte erwähnen.

Erstens: Diese tiefgreifenden strukturellen Veränderungen in der Lehrerbildung bedürfen einer gründlicheren Argumentation, als sie bislang von der Landesregierung geleistet wird.

Zweitens: Der bisherige unvollständige Strukturplan spricht im Zusammenhang mit der Gesamthochschule Duisburg vom möglichen Wegfall der Lehrerbildung. Ich zitiere jetzt wörtlich:

Aber davon wird gegen den einmütigen Willen der Hochschule und der Region abgesehen.

Seite 85! Bei einer solchen Argumentation - füge ich ironischerweise hinzu - ist mir um die Zukunft der Lehrerbildung in Aachen und um die Zukunft der Fachhochschule Hagen nicht bange. Auch hier werden die Streichungen von der Bevölkerung einmütig abgelehnt. Und was Duisburg recht ist, ist Hagen und Aachen billig. (D)

An der Schließung der Fachhochschule Hagen ist, meine sehr verehrten Damen und Herren, exemplarisch die fehlende zukunftsweisende Perspektive in der Hochschulpolitik der Landesregierung ablesbar. Mögen die Hinweise auf die unzureichende Auslastung einzelner Fachbereiche auch zutreffen, so sind doch folgende Tatsachen unbestreitbar.

Erstens: Der Hinweis auf die Komplementärfunktion der Fernuniversität in Hagen ist nicht zutreffend. Die Fernuni ist eben keine Standortuniversität, sie ist keine Präsenzhochschule, sie hat überregionale Funktion im Gegensatz zur Fachhochschule, deren Bezugspunkt eindeutig die Stadt Hagen und die märkische Region ist.

Zweitens: Seit über 160 Jahren werden in Hagen qualifizierte Nachwuchskräfte für Industrie, Handwerk und Gewerbe und in neuerer Zeit auch für soziale Berufe ausge-

(Dr. Fischer (CDU))

- (A) bildet. Diese für die Region so wichtige Tradition darf nicht unterbrochen werden.

Drittens: Wenn die Fachhochschule Hagen im Vergleich mit anderen Hochschulen ungünstiger in der Statistik abschneidet, dann trägt allein die Landesregierung dafür die Verantwortung. Die im Jahre 1982 geplanten Konzentrations- und Kürzungsmaßnahmen im Fachhochschulbereich sind allein - und ganz allein - in Hagen voll verwirklicht worden. Das hat die Konkurrenzlage zu den anderen Fachhochschulen drastisch verschlechtert. Dieselbe Regierung, die die heutige nachteilige Situation der Fachhochschule Hagen zu ihrer Auflösung als Argument ins Feld führt, ist für diese Situation auch verantwortlich. 1982 bringt die SPD-Landesregierung durch die Schließung zweier zukunftssträchtiger Fachbereiche der Fachhochschule an den Rand des Existenzminimums, und fünf Jahre später sagt sie: Weil es eben so ist, was ich gemacht habe, schließe ich diese Hochschule. - Frau Brunn, so einfach kann man es sich machen; nur: So einfach geht es nicht.

Nicht die Schließung der Fachhochschule Hagen ist der gebotene Weg, sondern hier ist ein Stück Wiedergutmachung fällig, wie es mein SPD-Kollege Dr. Haak formuliert hat. Die FH Hagen braucht eine Chance. Ermöglichen Sie doch der Fachhochschule Hagen die Einrichtung neuer, zukunftssträchtiger Studiengänge - etwa im Bereich der Umweltschutztechnologien oder des Denkmalschutzes. Das wären doch Möglichkeiten.

(B)

Denn - viertens - es muß darum gehen, den Hochschulstädten, die vom Umstrukturierungsprozeß mit besonderer Wucht und besonders nachhaltig getroffen worden sind, zu helfen und ihnen nicht, wie es der Hagener Oberbürgermeister, Ihr Parteifreund, formuliert, und nicht, wie es die Landesregierung jetzt für Hagen vorschlägt, die vorhandenen Entwicklungsmöglichkeiten noch drastischer zu beschneiden oder sogar ganz zu amputieren.

Die Schließung der Fachhochschule Hagen wäre ein Schlag ins Gesicht all jener Reformbemühungen, die auf die dringende Erneuerung dieser alten Industrieregion abzielen. Es ist doch dem Bürger nicht erklärbar - so noch einmal meine Kollegen Dr. Haak und Wilfried Kramps von der SPD-Fraktion -, daß die strukturpolitische Gabe des Jahres 1971, als unsere Region 15 000 Stahlarbeitsplätze verlor, jetzt eingekassiert wird. Hier, wie Sie es getan haben, Frau Brunn, von einem unspezifischen Interesse am Erhalt der FH zu sprechen, ist einfach abwegig.

Sie wissen doch - fünftens - ganz genau, Frau Brunn: Wissenschaft, Forschung und Technologietransfer sind in der modernen Industriegesellschaft die entscheidenden Faktoren für eine Region. Unsere Wirtschaft ist so gut oder so schlecht wie das wissenschaftliche Umfeld, in das sie eingebettet ist. Die Wirtschaft unserer Region übernimmt nicht nur 75 % der Absolventen der Hochschule, sondern auch ihre Forschungsergebnisse.

(C)

Meine Damen und Herren, ich möchte zum Schluß an einen Punkt erinnern. Politiker sollten sich an gegebene Versprechen erinnern lassen. Wenn die Landesregierung unter Gedächtnisschwund leidet, will ich zumindest dem Ministerpräsidenten nachhelfen. Am 27. März dieses Jahres strahlte WDR 3 ein Interview von Christa Cloppenburg mit Johannes Rau aus. Ich zitiere Herrn Rau wörtlich: "Ich kann nur sagen: Es wird kein Hochschulstandort aufgegeben und keine Hochschule geschlossen."

Mit dieser Aussage hat sich der Ministerpräsident an seine Aussage von 1982 gehalten. Diese Bestandsgarantie von 1982 möchte ich als Hagener Bürger und als Hagener Abgeordneter hier einfordern. Es kann nicht so sein, daß ein Wort in schwierigen Zeiten gebrochen wird. Ein gegebenes Wort muß auch schwere Zeiten überdauern.

(Zustimmung bei der CDU)

Wir fordern die Einhaltung des vom Landesvater gegebenen Versprechens. Wir Hagener wollen nicht, daß die Fachhochschule Hagen geschlossen wird und daß der Etikettenschwindel Märkische Hochschule in Iserlohn in absehbarer Zeit von Dortmund geschluckt wird.

(D)

Wir wollen diese alte unverzichtbare Bildungseinrichtung für unsere Stadt erhalten, und wir wollen die Fachhochschule Hagen durch geeignete Maßnahmen auf Dauer in ihrer Existenz gesichert und in ihrer Weiterbildung gestärkt wissen - zum Wohle der Stadt und der Region und zum Wohle ihrer Bürger.

Der Gesetzentwurf der Landesregierung findet nicht die Zustimmung meiner Fraktion.

(Lebhafter Beifall bei der CDU)

Präsident Denzer: Ich danke Ihnen, Herr Abgeordneter.

Lassen Sie mich eine Zwischenfeststellung treffen. Es gibt bemerkenswert kurze Beiträge zu einem Bereich, zu dem immer sehr lange geredet wird. Ich muß das anerkennend sagen.

(Präsident Denzer)

- (A) Ich darf nunmehr für die Fraktion der SPD Herrn Abg. Dr. Haak das Wort erteilen.

Dr. Haak (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Schon seit vielen Jahren bin ich der Meinung, daß die Auseinandersetzung zwischen Opposition und Regierung über grundlegende Fragen nicht so geführt werden sollte, wie der Kollege Fischer dies am Anfang getan hat. Wenn er hier davon spricht, man könne von einem Zusammenbruch der Hochschulen ausgehen, ist das eine durch nichts gerechtfertigte Aussage, die uns nicht weiterhilft. Er spricht gar davon, wir müßten das Ende der Hochschulpolitik sehen, wenn es je eine nennenswerte Hochschulpolitik gegeben hätte!

Herr Kollege Fischer, auch wenn Sie nicht seit den siebziger Jahren im Landtag tätig sind: Sie wissen ganz genau, daß das Land Nordrhein-Westfalen weit über seine Bevölkerungszahl und seinen Anteil in der Bundesrepublik hinaus an hochschulpolitischen Maßnahmen viel geleistet hat, und zwar nicht nur für Nordrhein-Westfalen, sondern auch für andere Bundesländer.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Denzer: Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Diegel?

(Dr. Haak (SPD): Ja, bitte!)

- (B) - Sie haben das Wort, Herr Kollege.

Diegel (CDU): Herr Kollege Haak, wären Sie so nett, einmal zu erklären, warum gerade jetzt die Landesregierung darauf besteht, die Fachhochschule Hagen zu schließen.

Dr. Haak (SPD): Herr Kollege, Sie können sich doch vorstellen, daß ich nicht zuletzt deswegen hier das Wort ergreife. Aber ich rate dazu - das sage ich ganz offen als Hagener -, die Dinge nicht zu übertreiben, sondern auf den Kern der Sache zuzugehen.

(Beifall bei der SPD - Zuruf des Abg. Dr. Lichtenberg (CDU))

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich will ganz offen sagen, daß ich hier oben in einer ungewohnten Rolle stehe. In fast 18 Jahren der Zugehörigkeit zum Landtag habe ich oft an dieser Stelle Gesetzentwürfe der Landesregierung begrüßt, begründet, zum Teil eingebracht. Ich habe vor 15 Jahren für die größere Koalitionsfraktion zum Fachhochschulerrichtungsgesetz gesprochen.

(C) Heute, meine Damen und Herren, spreche ich, um die tiefe Betroffenheit, die Besorgnis und die Kritik aller Meinungsführer und auch breiter Schichten der Bevölkerung der ganzen Märkischen Region darzubringen. Es ist ein Irrtum, wenn man das Problem auf die Stadt Hagen verkürzt, die nur ein Viertel der Märkischen Region darstellt.

Meine Damen und Herren, die Besorgnis ist so vertieft, so intensiv und so einheitlich, daß, meine ich, alle, auch meine Freunde, dafür Verständnis haben müssen und werden, daß ich dies vortragen muß und es nicht den Kollegen überlassen kann, die über die Landesreserveliste in diesen Landtag eingezogen sind, die dies aber dankenswerterweise mit uns zusammen tun.

(Hardt (CDU): Nicht so hochnäsig sein, Hochmut kommt vor den Fall!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich spreche für meinen Wahlkreis, aber im Ergebnis spreche ich auch für acht direkt in den Landtag gewählte Abgeordnete der Märkischen Region. Alle direkt gewählten Abgeordneten aus dem Regierungslager teilen die Sorge, die ich kurz angesprochen habe. Ich möchte aber unsere Argumente sehr nüchtern und besonnen vortragen, damit die Türen nicht zugeschlagen werden, sondern noch vernünftige Lösungen möglich sind.

(D) Erstens, meine Damen und Herren: Es ist vielleicht in Düsseldorf nicht überall geläufig, daß die Region Mark mit den Kreisen Hagen, Ennepe-Ruhr, Märkischer Kreis und Teilen von Unna und vielleicht Teilen des Hochsauerlandkreises eine Region umfaßt, die mindestens 1 Million Einwohner zählt. Es scheint mir auch nicht bekannt zu sein, daß hier in den Tälern in unserer Region das älteste deutsche Industriegebiet liegt, das schon bestand, als im Ruhrgebiet noch Landwirtschaft war. Meine Damen und Herren, manche vergessen auch, daß mit der preußischen Technischen Lehranstalt - diese eingeschlossen - hier eine Bildungsinstitution 168 Jahre lang besteht.

Zweitens: Alle Meinungsführer unserer Region und sehr viele Menschen aus den breiten Schichten sehen in diesem Gesetz eine Einzelfallregelung. Es wird dann eingewandt: Ja, da ist noch etwas in Minden; aber da kommt letztlich doch nichts weg. Ja, es geschieht noch etwas in Höxter; aber doch mit einem Ausgleich! Wie ich lese, mit dem Wohlwollen des Herrn Ministerpräsidenten, das wir, insbesondere mit der Gründung der Fernuniversität, auch schon empfangen haben, das wir uns aber heute auch erbitten. Sodann der

(Dr. Haak (SPD))

- (A) Einwand: Es kommen noch Verordnungen, es wird bei haushaltspolitischen Entscheidungen auch etwas geschehen.

Meine Damen und Herren, an einem Punkt stimme ich mit dem Kollegen Fischer überein: Eine einzige Fachhochschule wird in ihrer gesamten Existenz aufgehoben. Das ist das Besondere und das ist die Einzelfallregelung. Man müßte sogar Überlegungen anstellen, ob diese Einzelfallregelung noch der Verfassung entspricht.

(Zustimmung bei der CDU)

Drittens: Die Region versteht das in der Tat nicht nach der klaren Aussage - Herr Schultz-Tornau hat sie vorgetragen - des Wissenschaftsministers Hans Schwier aus dem Jahre 1982. Damals haben alle kooperiert und haben gesagt: zwei Fachbereiche. Wir mußten das schlucken, es mußte gespart werden. Damals hat doch Herr Kollege Schwier sicherlich nicht nur seine Ressortmeinung ausgedrückt, sondern diese Meinung auch im Namen der Landesregierung geäußert. Solch ein Wort kann doch nach fünf Jahren nicht ungeschehen sein: "Unter der Verantwortung dieser Landesregierung wird es über die jetzt geplanten strukturellen Eingriffe hinaus keine weiteren Strukturveränderungen an der Fachhochschule Hagen geben." Das ist damals gesagt worden, und das steht im Raum.

- (B) Viertens: Mit vielen in der Region - soweit ich sehe, mit allen in der Region - verstehe ich nicht, wie man die Einzelmaßnahme, hier eine ganze Fachhochschule wegzunehmen, bildungspolitisch rechtfertigen will. Wir haben uns in den 70er Jahren die Regionalisierung der Bildungseinrichtungen aufs Papier geschrieben. Eine solche Region, mit einer solchen Einwohnerzahl, mit einer solchen Industrietradition und Hochschultradition braucht doch eine Fachhochschule. Warum will man das Regionalisierungsprinzip aufgeben, wenn abgebaut wird? Es gibt doch die Alternative, daß man auch bei sehr großen, über-großen Hochschuleinrichtungen etwas abschneidet, zumal diese - ich weiß das noch sehr genau aus der Zeit als Fraktionsvorsitzender - immer wieder geschrien haben, die Überlastquote zerdrücke sie, sie brauchten immer mehr Mittel vom Land. Warum geht man nicht diesen Weg? Warum sieht man da nicht eine echte Alternative?

Fünftens: Der für mich bisher unverständlichste Punkt - ich sage ganz offen: unter dem ich leide; das ist sicher nicht bewußt so, das ist mir klar, da bin ich ganz sicher; aber es ist objektiv sachlich doch nicht richtig und objektiv nicht redlich - ist der Vorwurf der

mangelnden Größe und Leistungsfähigkeit. Wo ist denn die optimale Größe? Immerhin sind es jetzt doch fast 4 000. Jetzt macht man noch folgendes. Man schneidet die Fachhochschule Hagen/Iserlohn durch. Wenn man andere Fachhochschulen durchschneidet, was passiert denn dann? Dort gibt es doch auch schwächere Fachbereiche. Die Fachhochschule als Ganzes! Die Abteilungen sind doch nicht weiter entfernt als manche Standorte in einer großen Stadt! Dort sind sie auch 15 km entfernt. Das muß man doch zusammen sehen.

Es gab vor ein oder zwei Jahren eine große Umfrage bei technischen Führungskräften der deutschen Industrie. Was haben die gesagt? Bei den Technischen Hochschulen haben sie aus unserem Land, wenn ich mich recht erinnere, die Technische Hochschule in Aachen genannt. Bei der Fachhochschule haben sie an erster Stelle in ganz Deutschland die Märkische Fachhochschule Hagen/Iserlohn genannt. Ich weiß, daß den Hauptanteil Iserlohn trägt. Aber man zerteilt doch auch keine Fachhochschule in Bochum, weil vielleicht die eine Abteilung in dem Stadtteil und die andere in einem anderen Stadtteil liegt. Man muß doch die Gesamteinrichtung sehen.

(Zustimmung bei der CDU)

Ich verstehe wirklich nicht, daß man zu diesem Ergebnis kommt.

Dann muß ich noch sagen: Seit 1975 sind Jahr für Jahr bauliche Maßnahmen für den Einzelstandort Hagen aufgeschoben worden, und zeitweilig hat es durchgeregnet. Die Experten wissen das alles. Daß dann die Attraktivität zeitweilig nachläßt, ist doch ganz verständlich.

Meine Damen und Herren, jetzt muß ich - sechstens - doch noch einen Punkt nennen, der mich zutiefst berührt. Es gibt zwei Maßnahmen, die von der Landesregierung ganz bewußt getroffen worden sind, weil in den Jahren 1970 bis 1974 bei uns vor dem Rathaus noch mehr Kollegen aus der Stahlindustrie mit unübersehbarer Zahl von Helmen auf dem Kopf - ich vergesse das Bild nicht - gestanden haben, wie das jetzt leider und schmerzlich in Duisburg der Fall ist. Die Zitate bringe ich notfalls auch noch - von ganz führenden Mitgliedern dieses Landes. Damals hat man gesagt: Die Fachhochschule ist ein Beitrag zum Strukturwandel,

(Beifall bei der SPD)

und später haben dann Herr Dr. Schnoor als Staatssekretär und Herr Wissenschaftsminister

(Dr. Haak (SPD))

- (A) Rau gesagt: Auch die Fernuniversität soll ein zweiter Beitrag sein. Aber die Fachhochschule war der erste Ansatz.

Lassen Sie mich bitte noch eines sagen: Die märkische Region war einmal die größte Montanregion in unserem Lande und vielleicht auch in Europa. Sie hat als erste schmerzliche Verluste erleiden müssen: Über 20 000 Arbeitsplätze. Aber unsere Wiedergesundung, am stärksten bisher im Märkischen Kreis, aber auch in Ennepe/Ruhr und Hagen, setzt an bei kleinen und mittleren, manchmal mittelständisch genannten Industriebetrieben. Und für die ist passend die Fachhochschule, die viele weitere Impulse bringen kann. Deshalb ist das für uns so wichtig, und deshalb tragen wir das zu dieser für uns so schmerzlichen Regelung hier vor.

Ich halte es - siebteus -, meine Damen und Herren, nicht für richtig, daß man Fernuniversität und Fachhochschule gegeneinander ausspielt.

(Beifall bei der SPD)

Ich glaube, daß sind - ich will das der Kürze der Zeit wegen sagen - ganz verschiedene Einrichtungen mit ganz verschiedenen Zielen. Und die märkische Region braucht auch eine Fachhochschule.

- (B) Meine Damen und Herren, ich glaube, wir alle sind nicht lebensfremd und dürften es auch nicht sein. Die Zahl der Studenten geht zurück. Die Mittel der öffentlichen Hände - nicht nur in Nordrhein-Westfalen, wie das manche immer sagen - gehen zurück und werden auch unter bestimmten politischen Aspekten zurückgeschraubt. Deshalb muß man auch daran denken, Kompromisse zu schließen. Ich habe sehr frühzeitig öffentlich gesagt: Wenn es denn unumgänglich ist, dann will ich auch nicht ausschließen, daß auch die Fachhochschule in ihrer jetzigen Gestalt einen Sparbeitrag bringen muß. Ich will auch nicht ausschließen, daß etwa ein Fachbereich mehr in Iserlohn untergebracht wird. Das sind Unterfragen. Ich habe hinzugefügt, daß ich es für richtig hielte - das beginnt man an anderen Orten auch -, daß die Fernuniversität und die Fachhochschule eine Verwaltungsgemeinschaft bilden könnten. Dann wird in unbewußtem oder bewußtem Mißverständnis gesagt: Das sind doch ganz andere Hochschulen. - Das ist richtig. Ich will ja auch keine hochschulpolitische Verschmelzung vorschlagen. Das hielte ich für falsch. Daher sind wohl auch Befürchtungen der Fernuniversität selbst entstanden. Ich meine vielmehr eine gemeinsame Administration. Wenn man diese drei Punkte, Herr Kniola, noch einmal zusammen-

(C) sammennimmt, dann würde die Fachhochschule - ließe man Hagen/Iserlohn als selbständige regionale Fachhochschule bestehen - doch insgesamt einen erheblichen Sparbeitrag leisten, für den wir ja leider alle Verständnis haben müssen.

Meine Damen und Herren! Auch Frau Minister Brunn hat eben etwas wiederholt, was die SPD-Fraktion schon einmal ausgedrückt hat, und Kollege Fischer hat sich auf den Herrn Ministerpräsidenten bezogen. Es war eigentlich immer die Rede davon, daß alle Hochschulstandorte bestehen bleiben sollten. Ich appelliere an Sie, daß Sie in den Ausschüßberatungen dringend noch einmal Alternativlösungen überdenken, vernünftige Lösungen überlegen, die nach meiner Ansicht Sparüberlegungen nicht ausschließen dürfen. Ich appelliere an Sie, dieses Konzept noch einmal in der parlamentarischen Beratung zu überprüfen und nach Möglichkeit eine für die märkische Region tragbare Lösung zu finden.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Denzer: Ich danke Ihnen, Herr Abgeordneter.

Bevor ich Herrn Abg. Mohr von der Fraktion der CDU das Wort erteile, möchte ich Sie davon in Kenntnis setzen, daß ich die Aussprache zur Regierungserklärung zur aktuellen Situation in der Stahlindustrie, die für heute vorgesehen war, nach Rücksprache mit den Fraktionen für heute abgesetzt und sie für morgen nach der Aktuellen Stunde neu anberaumt habe. Ich danke Ihnen, daß Sie das zur Kenntnis genommen haben. (D)

Nunmehr, Herr Abg. Mohr haben Sie das Wort.

Mohr (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte zunächst eine Bemerkung zu Ihnen machen, Herr Haak. Ihre Bemerkung über die Reserveliste war von bemerkenswerter Sachlichkeit, und die dann folgenden abwiegelnden Worte führen hoffentlich nicht dazu, daß Sie die demnächst in Hagen in Anspruch nehmen müssen.

Präsident Denzer: Herr Kollege Mohr, das Präsidium wird nach wie vor nicht in Abgeordnete aus Wahlkreisen und Landeslisten unterscheiden. Daß das gelegentlich ein Abgeordneter sagen kann, ist ihm unbenommen. Aber hier sind Sie alle gleich.

Mohr (CDU): Ich bedanke mich, Herr Präsident!

Nach jahrelangen Aufforderungen der CDU-Fraktion, ein Hochschulstruktur- oder An-

(Mohr (CDU))

- (A) passungsgesetz vorzulegen, erreichte uns Ende Oktober ein Papier der SPD-Landesregierung - "Perspektiven der Hochschulentwicklung" - und in der Folge der heute vorliegende Gesetzentwurf. Es wurde bereits festgestellt: Dieser Gesetzentwurf leitet notwendige oder für notwendig gehaltene Veränderungen bruchstückweise ein. Neben den partiellen Lösungen, die er anbietet, konzentriert er sich leider auf wenige Fachbereiche. Damit gerät er zu einem an geringer Studiennachfrage orientierten Korrekturpapier und läßt hinterherlaufend gestaltende, zukunftsbezogene Hochschulpolitik nicht erkennen.

Frau Ministerin Brunn, wenn Sie die demographische Entwicklung zum Vorwand nehmen wollen, im großen Umfang Plätze abzubauen - Herr Kollege Schultz-Tornau sprach von Freiräumen; hoffentlich sind damit nicht Freiplätze notwendiger Lehrstühle gemeint -, dann, meine ich, wird das dem Willen der leistungsfähigen und leistungsbereiten Jugend dieses Landes, in einer komplexer werdenden Welt Ausbildungschancen in Anspruch zu nehmen, nicht gerecht.

Das Gesetz über Änderungen im Hochschulbereich greift vor allem in die ostwestfälische Region entscheidend ein. Während in den 70er Jahren die heute noch richtige Erkenntnis der regionalen Erschließungsfunktion der bildungswerbenden Wirkung und der Förderung der wirtschaftlichen Gesamtentwicklung in hochschulpolitische Innovationen umgesetzt wurde und das Strukturpapier diese Intentionen an vielen Stellen bejubelt, sieht die hier geplante Praxis anders aus.

(B)

Die Hochschulregion Ostwestfalens, aus der Landessicht bereits Randbereich, mit den Schwerpunkten in Bielefeld und Paderborn, hat eine relativ stabile Bevölkerungsentwicklung und ist unserer Auffassung nach im Hochschulangebot nicht überbesetzt. Sie gerät gerade am Nord- und Südrand durch Ihren Gesetzentwurf erneut in Bedrängnis.

Meine Damen und Herren! Randlagen sind kein Naturgesetz. Sie entstehen oft erst durch falsche politische Vorgaben oder Unterlassungen. Wenn man Ostwestfalen - oft auch nur scherzhaft - als "Klein-Sibirien" bezeichnet, dann möchte ich doch dringend darum bitten, das im Hochschulbereich nicht zur Wirklichkeit werden zu lassen. Während man für Siegen - ich widerspreche da nicht - die Grenz Nähe als mitversorgend und strukturbefördernd lobt, scheint das gleiche Argument für Minden und Höxter nicht zu gelten.

Wir akzeptieren notwendige Veränderungen und sind auch in der Frage des Wettbewerbs

der Hochschulen aufgeschlossen. Nur, wenn Veränderungen dazu führen, erste hoffnungsvolle Anzeichen in strukturschwachen Gebieten wieder abzubrechen und traditionell gewachsene Einrichtungen auf den Nullpunkt zu führen, dann sind solche Einschnitte nicht mehr hinnehmbar. Wenn die über 700 Studenten in Minden in der Begründung des Gesetzentwurfs lesen, daß bis 1999 20 der 25 Professorenstellen frei werden, ist das sicher keine hoffnungsvolle Perspektive.

(C)

Das erfolgreiche Profil einer Baufachschule, die sich beim BDB-Landeswettbewerb mehrfach auszeichnete und inzwischen eine enge Zusammenarbeit mit der Holzverarbeitenden Industrie und dem Ingenieurbau gefunden hat, sollte nicht ohne Not geopfert werden.

(Unruhe)

Im Gegensatz zu der bisherigen Anbindung an die nahegelegene Fachhochschule Bielefeld - 45 km Entfernung, 30 Autominuten und direkte Eisenbahnverbindungen - liegt Detmold 65 km entfernt und erfordert doppelte Fahrzeiten. Im Zusammenhang mit Bielefeld behielt der Standort Minden eine echte Überlebenschance. Auch die verwaltungstechnische Versorgung durch die nahegelegene Fachhochschule Bielefeld spricht eindeutig für den Verbleib der Mindener Einrichtung in derselben.

Die Abteilung Höxter der Gesamthochschule Paderborn ging aus der zweitältesten Bauerschule Deutschlands und der ältesten Preußens hervor und hat eine 123jährige Tradition. Mit Unterstützung der Landesregierung wurde den Studiengängen Architektur und Bauingenieurwesen durch den Studiengang Landespflege ein drittes Bein gegeben. Sosehr wir den Verbleib dieser Einrichtung bei der Gesamthochschule - Universität - Paderborn begrüßen, können wir auf der anderen Seite nicht hinnehmen, daß die ursprünglichen Studiengänge Architektur und Bauingenieurwesen abgeschnitten werden. Wettlauf mit einem Bein kann so nicht erfolgreich werden.

(D)

Auf meine zweite Frage in der Fragestunde des Landtags am vergangenen Donnerstag signalisierten Sie, Frau Ministerin Brunn, zwar einen neuen zweiten Studiengang; dessen Konturen sind jedoch noch nicht erkennbar.

Sehr geehrte Frau Ministerin, in letzter Zeit wird die Glaubwürdigkeit der Politiker stark angezweifelt. Ich will das ausdrücklich nicht an Ihrer Person festmachen. Was schlägt es aber, wenn der Gesetzentwurf unter § 2

(Mohr (CDU))

- (A) die Streichung der Studiengänge Bauingenieurwesen und Architektur aussetzt, bis der versprochene zweite Studiengang verbindlich eingerichtet ist und seine Anziehungskraft beweist? Das erst gäbe der Einrichtung die notwendige Sicherheit und weitere Entwicklungschancen.

Mit der Aufgabe des Fachbereichs Architektur - falls Sie mein Redebeitrag nicht zu einer besseren Einsicht bewegt - hätte die relativ kleine Einheit in Höxter einen überaus respektablen Beitrag zur Abschmelzung weniger nachgefragter Studiengänge und die strukturschwache ländliche Region schon ein übergroßes Opfer gebracht.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben gestern in großer Betroffenheit die Probleme der Stahlregionen diskutiert und waren uns einig in dem Bemühen, den Stahlarbeitern zu helfen. Die ländlichen Räume Nordrhein-Westfalens sind seit fast einem Jahrhundert Reservoir für die Ballungsgebiete an Rhein und Ruhr. Unsere jungen Mitbürger haben ebenfalls Anspruch auf Förderung, Entwicklung und - wenn sie wollen, wenn sie das selbst entscheiden möchten - Heimat.

- (B) Wenn Regionalisierung nicht wieder in die Provinzialisierung führen soll, dann bitte ich Sie mit allem Nachdruck, Frau Ministerin, die zaghaft aufblühenden Pflänzchen in Minden und Höxter nicht verdorren zu lassen oder gar abzuhacken, sondern sie mit zarter Hand zu pflegen. Wo kein attraktives Angebot ist, ist auch keine Nachfrage. Während sich beispielsweise Wissenschaftssenator Turner in Berlin um Werbung für Berliner Hochschulen bemüht, sollte man in Nordrhein-Westfalen den für die Zukunft des Landes wichtigsten Bereich zwar verändern, aber keinesfalls einschränken.

Für die weitere Beratung fordern wir noch einmal nachdrücklich ein Gesamtkonzept, damit wichtige legislative Aufgaben nicht durch Verwaltungshandeln ersetzt und damit demokratischer Behandlung entzogen werden.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Denzer: Ich danke Ihnen, Herr Abgeordneter. Für die Fraktion der CDU - Herr Mohr hat für die Fraktion der CDU gesprochen. Für die Fraktion der F.D.P. - er ist für mich zwar immer verdächtig, als gehöre er zur CDU, aber er gehört ja zur F.D.P. - erteile ich Herrn Dr. Schaumann das Wort. Bitte sehr, Herr Kollege!

Dr. Schaumann (F.D.P.): Herr Präsident, vielen Dank, daß Sie sich noch gestoppt

haben, und vielen Dank für die Worterteilung. - Der Gesetzentwurf der Landesregierung, mit dem wir uns heute auseinandersetzen wollen und der - jedenfalls aus unserer Sicht - im Augenblick nicht weiter verfolgt werden sollte, enthält auf dem Vorblatt unter "D: Kosten" die Aussage:

Es werden erhebliche Einsparungen erreicht, deren Umfang sich erst nach Abschluß aller hochschulstruktureller Maßnahmen abschätzen läßt.

Meine Damen und Herren, das ist zwar gut geschrieben, die Frage ist aber: Was kostet diese Absicht der Landesregierung die Regionen wirklich? Was kostet die Verhaltensweise der Landesregierung die Regionen des Landes wirklich? Es glaubt nach allem, was bisher geschehen ist, doch keiner im Ernst, daß es bei diesen Akten bleiben wird.

Frau Brunn, nehmen Sie das bitte nicht persönlich: Sie ziehen sich unsere Kleidung an, nun schon seit einem Jahr; Sie reden von notwendiger Modernisierung; Sie sagen, die Hochschulen müssen ihren Beitrag zur Innovation leisten, ihren Beitrag zur Zukunftssicherung. Nur, Sie gehen in keiner Weise auf die materiellen Bedingungen dieser Einrichtungen ein, die sie überhaupt erst in den Stand setzen können, das zu tun. Die Übernahme der Kleidung allein reicht nicht!

(Beifall bei der F.D.P.)

(D) Sie, die Sozialdemokraten, reden mit gespaltener Zunge. Wären wir alle Indianer, würde das zu weitgehender Verachtung führen; denn diese Menschen werden nicht sonderlich hoch geachtet. Wir sind aber Europäer, deshalb müssen wir uns mit Ihnen auseinandersetzen.

(Dr. Pohl (CDU): Die rauchen auch keine Pfeife mehr miteinander.)

- Vielen Dank, Herr Kollege, für den Entwurf; mit denen wird dort keine Pfeife mehr geraucht. Nun sind wir aufgrund der Situation nicht gezwungen, mit Ihnen Pfeife zu rauchen

(Dr. Rohde (F.D.P.): Wir rauchen Sie in der Pfeife.)

- na ja, lassen wir das -, sondern mit Ihnen umzugehen. Sie reden mit gespaltener Zunge.

Das meine ich jetzt nicht leichtfertig: Sie reden in der Kohledebatte und in der Stahldebatte und in der Wissenschaftsdebatte jeweils von "Standorten". In der Kohledebatte

(Dr. Schaumann (F.D.P.))

- (A) und in der Stahldebatte meinen Sie mit "Standorten" jeden Standort, und zwar so, wie er zur Zeit aussieht. In der Wissenschaftsdebatte dagegen meinen Sie mit "Standort" eine Hülle, unter der Sie Einschränkungen und Ausdünnungen verkaufen wollen. Das ist die Wahrheit!

(Zustimmung bei der F.D.P.)

Zweitens - ich will das ruhig einmal etwas übergeordneter betrachten -: Sie reden von Besitzständen, die in der Wissenschaftsdebatte nicht um jeden Preis gehalten werden dürfen - so Frau Brunn. Sie reden in der Kohle- und Stahldebatte von Besitzständen, die Sie um jeden Preis, auch um den Preis der Zukunft dieses Landes, erhalten wollen.

Drittens: Sie, Frau Brunn, reden, jedenfalls gegenüber der RWTH Aachen - so war das der "Aachener Volkszeitung" zu entnehmen -, von gezielter Desinformation.

(Frau Minister Brunn: Richtig, ja!)

- Das ist also richtig. Dann will ich das jetzt auch einmal übertragen, genauso wie die beiden anderen Begriffe. Wenn Ihr Herr Ministerpräsident gestern morgen in Rheinlanden sagt: dies wird, was die Musik angeht, in Bonn und Europa gespielt - dann ist das genauso gezielte Desinformation, wie Sie sie anderen vorwerfen.

- (B) (Zustimmung bei der F.D.P. - Zuruf von der SPD: Thema!)

Herr Kraft, Sie haben hier geäußert, "wir stünden an der Spitze der Bewegung", wobei Sie das "wir" für die Sozialdemokraten meinten. Ich sage Ihnen: Es wäre ganz schön, wenn man endlich auch einmal die Bewegungsrichtung erkennen könnte, die Sie einschlagen.

Sie sagen: Entscheidende Kriterien für die Hochschulplanung sollen für Sie Demographie und Regionalisierung sein. Frau Brunn, ich frage Sie jetzt im Ernst. Das entscheidende Kriterium aus unserer Sicht - und ich meine eigentlich: aus unserer gemeinsamen Sicht - muß doch sein: Was können Hochschulen zu der Modernisierung dieses Landes beitragen? Was können sie in der Lehre, was können sie in der Forschung, was können sie darüber hinaus als Dienstleistungsunternehmen?

Wenn sich diese Frage nicht eindeutig negativ beantworten läßt - und Herr Haak hat ja eben aus der Sicht des Märkischen Kreises, wie ich fand, sehr umfassend dargestellt, daß diese Motorfunktion von der Fachhochschule und

der Fernuniversität zugleich wahrgenommen wird -, dann frage ich mich: Welche Gründe gibt es eigentlich dafür, diese Fachhochschule zu schließen? Ich empfand gestern schon als sehr wohlthuend den zwar nicht mit meiner Meinung übereinstimmenden, aber in der Sache sehr differenzierten Beitrag von Herrn Mernizka, was die Stahlproblematik angeht. Herr Haak, ich will Sie jetzt nicht instrumentalisieren; verstehen Sie das nicht falsch. Aber ich fand das, was Sie heute gemacht haben, honorig, und zwar nicht, weil Sie als SPD-Abgeordneter gegen die Landesregierung Stellung bezogen haben, sondern weil Sie in relativ umfänglicher Weise die Bedeutsamkeit von Bildungseinrichtungen für eine Region dargelegt haben, in diesem Falle für den märkischen Raum. Ich möchte dazu auch nichts weiter sagen, weil Sie die tiefere Kenntnis über diesen Raum besitzen und ich es eindringlich und verständlich fand.

Ich will nur eines sagen: Jemand, der ständig wieder betont, daß die Hochschuleinrichtungen Motor des Strukturwandels sein sollen, der muß endlich auch einmal "Butter bei die Fische" tun und diese Einrichtungen instand setzen, daß sie es sein können.

(Beifall bei der F.D.P.)

Herr Haak, noch zum Märkischen Kreis: Dort hat es ja ein überparteiliches Zusammenwirken gegeben, gerade angesichts der scharfen Probleme in der Vergangenheit. Insbesondere die F.D.P. hat überhaupt keinen Grund, diese Probleme zu verdrängen, weil Willi Weyer eine der tragenden Stützen, überparteilich betrachtet, für diesen Raum war.

Zu unserem Antrag! Von meinem Kollegen Joachim Schultz-Tornau ist in der ihm eigenen Milde formuliert worden, Sie hätten keinen Gesamtplan, verehrte Frau Ministerin. Herr Fischer hat das wiederholt und gesagt: Sie haben keinen Gesamtplan. Wenn Sie tatsächlich keinen Gesamtplan haben, dann ist Ihre jetzige Maßnahme verwerflich, weil sie auf keinen umfassenden Überlegungen der Gestaltung des Hochschulwesens Nordrhein-Westfalens basiert.

Ich könnte aber auch den anderen Fall nehmen: Sie haben ein Konzept und sagen es nicht, sondern handeln nur danach. Auch diese Möglichkeit, Franz-Josef Kniola, wäre gegeben. Dann aber wollen Sie lautlos töten, und das ist verwerflich. Sie wollen lautlos töten, wenn Sie einen Gesamtplan haben sollten und ihn hier nicht darbringen.

Ich kann Sie deshalb nur auffordern: Sie sollten Ihre jetzige Absicht zurückstellen. Sie

(C)

(D)

(Dr. Schaumann (F.D.P.))

- (A) sollten Ihr Gesamtkonzept vorlegen. Sie sollten sich ordentlich messen lassen. Sie sollten sich - das wäre ja auch wissenschaftlich ganz in Ordnung, Frau Brunn - der Prüfbarkeit unterwerfen. Ich bitte Sie deshalb: Verzichteten Sie darauf, mit der Brechstange ein Teilstück aus Ihrer Sicht zu erledigen. Lassen Sie uns bei der Hochschul-landschaft - von mir aus auch mit Einbußen; das wird ja wohl nicht anders gehen - auf einem vernünftigen, alle Systemteile, die untereinander ja in Beziehung stehen, bedenkenden Weg vorgehen. Herzlichen Dank!

(Beifall bei der F.D.P.)

Herr Präsident! Ich möchte Sie bitten, über unseren Antrag direkt abstimmen zu lassen, weil die Logik dieses Antrags einer Überweisung widerspricht.

Präsident Denzer: Ich danke Ihnen, Herr Abgeordneter. Für die Fraktion der SPD erteile ich nunmehr Herrn Abg. Kniola das Wort.

Kniola (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich denke, daß wir uns noch einmal genau anschauen müssen, was eigentlich zur Zeit im Hochschulbereich geschieht. Die Frau Ministerin hat hier klar und deutlich davon gesprochen, daß es für den Verfahrensablauf vier Realisierungsschritte gibt.

- (B) Der erste Realisierungsschritt - und niemand hat sich dagegen gewandt, daß dieser Teilbereich für sich abgeschlossen wurde - war die Neuordnung im Bereich Kunst. Keiner von Ihnen hat gesagt: Stellt das zurück, bis das Gesamtkonzept vorliegt, sondern Sie waren mit dieser Aufteilung einverstanden.

Der zweite Realisierungsschritt ist das, was jetzt als Gesetzentwurf über Änderungen im Hochschulbereich vorliegt und was wir zu beraten haben. Das liegt ja nur deshalb als separierter Schritt vor, weil dies eine Maßnahme ist, die den Gesetzgeber fordert. Wir müssen hier Gesetzesregelungen treffen, die nicht deshalb als separierter Schritt erfolgen, weil hier nur einzelne Regionen oder einzelne Studiengänge angesprochen sind, sondern nur aus diesem rechtstechnischen Grund.

Sie alle wissen, daß die Beratung von Gesetzen mit all den parlamentarischen Möglichkeiten erfolgt, die wir haben - und ich sage das ganz klar und deutlich auch in Richtung unseres Kollegen Dieter Haak, auch in Richtung des Kollegen Dr. Fischer. Es ist für mich selbstverständlich, daß wir als Parlament nach Überweisung in den Ausschuß hier eine sehr intensive Anhörung durchführen, bei der wir auch die Region hören. Das kann ich

jetzt schon für meine Fraktion hier erklären. (C) Aber Sie wissen doch, daß ein solches parlamentarisches Verfahren mit all diesen Schritten viel mehr Zeit erfordert als die anderen Verfahren, nämlich Rechtsverordnung oder das, was möglicherweise auf der Basis des geltenden Haushaltsgesetzes an Umwidmungen möglich ist. Am Ende werden wir - das ist ja doch klar und deutlich die zeitliche Zielvorstellung - im Sommer des kommenden Jahres eine in sich geschlossene, abschließende Umstrukturierung unseres Hochschulwesens vornehmen müssen und vornehmen, soweit das zu dem Zeitpunkt möglich sein wird.

Auch das wissen wir doch alle: Niemand von uns kann wirklich über solche sicheren Prognosedaten verfügen, daß er heute bis auf den letzten Punkt sagen kann, was im Jahr 2001 an Erfordernissen da sein wird, was vielleicht an demographischer Entwicklung da sein wird, was an Übergangsquoten da sein wird, was vielleicht aber auch an Innovationen in der Wissenschaft, in den Hochschulen erfolgt. Von daher halte ich das, was öffentlich, aber auch von den Sprechern der Opposition, hier eingefordert wird - daß wir nämlich zunächst einmal eine Gesamtquantität verkünden, nach Möglichkeit diese Gesamtquantität dann auch noch auf einzelne Standorte aufteilen, um dann die Hochschulen zu bitten, in Kenntnis einer solchen Quantität zu entscheiden -, für absolut verkehrt; denn es würde uns nicht mehr die Chancen der Korrektur offen lassen, die ich für unverzichtbar halte. Ich glaube, daß es ganz richtig ist und wichtig ist, daß wir dieses differenzierte Verfahren haben und nicht in anderer Weise vorgehen. (D)

Wir haben allerdings einen Bereich, in dem wir uns mehrfach über Quantitäten unterhalten haben. Das ist auch der Bereich, den wir jetzt, zunächst von Seiten des Ministeriums in den Gesprächen, die mit den Hochschulen geführt worden sind, in Angriff genommen haben, die ja zum Teil in ihren Ergebnissen oder in dem, was als vorläufiges Ergebnis da ist, auch öffentlich debattiert werden. Das ist der Bereich der Lehramtsstudiengänge. Wir haben hier mehrfach darüber geredet. Wir haben am 12. Februar auch auf unseren Antrag hin einige Grundsätze zur Hochschulplanung verabschiedet. Ich denke, daß diese Grundsätze, die wir damals verabschiedet haben, und das, was anschließend die Landesregierung am 14. Juli vorgelegt hat, doch ein zusammenhängendes Konzept sind.

Wir haben für den Bereich der Lehramtsstudiengänge nachdrücklich auf folgendes Problem hingewiesen. Unsere frühere Vorstel-

(Kniola (SPD))

- (A) lung, daß wir das Studienwahlverhalten von jungen Menschen dadurch beeinflussen können, daß wir ihnen diese schlaun Hefte geben - Heft 28, Heft 30, Heft 32 über Lehrerbedarf, Einstellungsmöglichkeiten und im Vergleich dazu die Ausbildungsquantitäten -, daß dieses zu einem rationalen Studienwahlverhalten führen würde, hat sich doch nicht erfüllt.

Präsident Denzer: Herr Abgeordneter, darf ich Sie einmal unterbrechen. Ich möchte Ihnen etwas mehr Ruhe verschaffen.

Meine Damen und Herren Kollegen, ich darf Sie bitten, bei allen Gesprächen, die Sie führen, zumindest die Möglichkeit zu geben, daß diejenigen im Saal, die den Redner hören wollen, diesen auch hören können. - Danke schön.

Herr Abgeordneter, Sie haben weiterhin das Wort.

Kniola (SPD): Vielen Dank, Herr Präsident, es war auch schon ein bißchen schwer, dagegen anzureden.

Wir haben also festgestellt: Junge Menschen entscheiden sich nicht so, wie es eigentlich ihren beruflichen Möglichkeiten nach dem Studium entsprechen würde. Wir erleben heute wieder etwas Umgekehrtes. Wir erleben heute, daß eigentlich zu wenig junge Menschen bestimmte Lehramtsfächer studieren. Wir können heute schon sehen, daß wir, obwohl wir Kapazitäten in dem Bereich haben, wahrscheinlich in einigen Fächern, z. B. in Latein, künftig Mangel an Ausgebildeten haben werden. Das ist ein sehr eigenartiger Vorgang. Er ist also über diesen Weg offensichtlich nicht beeinflussbar.

Deswegen müssen wir - wie auch andere Bundesländer - in dem Bereich der Lehramtsstudiengänge quantitativ reduzierend eingreifen. Ich habe lange Scheu vor diesem Schritt gehabt. Es geht daran kein Weg vorbei, wenn man weiß, wie die Zahlen sind. Es ist zwischen all denen, die sich mit Bildungspolitik und mit Schulpolitik beschäftigen, völlig unstrittig, daß wir in den künftigen Jahren angesichts der Schülerzahlen und angesichts der Zahlen derjenigen, die hier möglicherweise aus dem Lehramt ausscheiden, maximal eine Einstellungsmöglichkeit von 5 000 Lehrern pro Jahr haben werden.

Wir haben gesagt - das ist der Inhalt unseres damaligen Beschlusses vom Februar -: Wir wollen ganz großzügig Studienangebote vorhalten. Wir haben gesagt, wir wollen 10 000 Plätze im Bereich der Lehramtsstu-

diengänge vorhalten, damit wir alle Unwägbarkeiten abdecken können. Wir haben aber zur Zeit 20 000 Studienplätze. Wer angesichts einer solchen Situation nicht auch ernsthaft daran geht, das zu verändern, der nimmt nicht die Verantwortung für das gesamte Land wahr, sondern interessiert sich nur für seinen Kirchturm. Das kann nicht die Aufgabe des Landesparlaments sein. Ich habe Respekt davor, daß jeder Kollege für seine Region "fightet", aber wir müssen auch die übergeordneten Interessen des Landes insgesamt vertreten.

Meine Damen und Herren, wir haben hier gehört, daß man doch von der Landesregierung etwas an Auskünften erwartet, welche zukünftigen Studiengänge es geben sollte. Das ist vom Kollegen Schultz-Tornau angemahnt worden.

(Abg. Dr. Schaumann (F.D.P.) meldet sich zu einer Zwischenfrage)

Präsident Denzer: Herr Kollege Kniola, - -

(Kniola (SPD): Darf ich eben den Satz beenden?)

- Aber selbstverständlich.

Kniola (SPD): Ich denke, daß in erster Linie auch die Hochschulen aufgefordert sind, neue Modelle, neue Konzepte zu entwickeln. Das gilt auch für den Fall Hagen, das gilt auch für den Fall Aachen und für den Fall Höxter, mein lieber Paul.

Es ist doch interessant, daß die Hochschulen immer dann beginnen, wirklich zukunftsweisende Dinge zu entwickeln, wenn wir sagen: Leute, es droht euch aber, daß bestimmte Studiengänge, bestimmte Fächer oder ähnliches abgezogen werden. - Offensichtlich bedarf es eines solchen Drucks, um bei den Hochschulen Innovationen in viel stärkerem Maße als bisher zu erreichen. Ich halte das für sehr bedauerlich.

Ich verkenne nicht, daß es schon jetzt einen wesentlichen Innovationsbeitrag der Hochschulen gibt, aber sicherlich nicht in dem Maße, wie er sowohl für die Umstrukturierung unseres Landes als auch angesichts der Probleme im Hochschulbereich - ich habe den Lehramtsbereich genannt - geboten wäre.

Präsident Denzer: Gestatten Sie jetzt die Zwischenfrage?

(Zustimmung des Abg. Kniola (SPD))

- Herr Abg. Dr. Schaumann, bitte sehr!

(C)

(D)

- (A) Dr. Schaumann (F.D.P.): Herr Kollege Kniola, ich will gar nicht bestreiten, daß im Bereich der Lehrerausbildung Überkapazitäten vorhanden sind. Aber meinen Sie nicht mit mir, daß es sehr viel vernünftiger wäre, diesen Problembereich im Zusammenhang mit den notwendigen Schritten zur Zukunftssicherung der Geisteswissenschaften und nicht isoliert zu diskutieren?

Kniola (SPD): Herr Kollege Dr. Schaumann, ich stimme völlig mit Ihnen überein. Nur: In diesem Gesetzentwurf ist zu dem Problem, das Sie angesprochen haben, überhaupt nichts ausgesagt. Der Gesetzentwurf beschäftigt sich mit ganz anderen Problemstellungen. Gerade der "Plan 2001" vom Juli dieses Jahres beinhaltet ein umfassendes Konzept zur Geisteswissenschaft und zur Lehramtsausbildung. Insofern würde ich sagen, wir debattieren über das von Ihnen angeschnittene Thema hier am falschen Ort und zum falschen Zeitpunkt. Wir reden jetzt über den vorgelegten Gesetzentwurf über Änderungen im Hochschulbereich und nicht über andere Dinge, die demnächst in Rechtsverordnungen zu regeln sein werden.

- (B) Deswegen kann ich auch nicht den Vorwurf des Kollegen Schultz-Tornau verstehen, daß aus dem Gesamtkonzept sozusagen in böser Willkür die Fachhochschulen herausgegriffen worden wären. Das ist doch ein absurder Vorwurf. Es ist doch ganz klar und eindeutig, daß die Maßnahmen aus dem Konzept der Realisierungsschritte herausgegriffen worden sind, die einer Gesetzesberatung bedürfen. Alle übrigen gehen über den Verordnungsweg oder über den Weg der Haushaltsberatung. Nur das ist das Kriterium, das dazu geführt hat, daß diese Maßnahmen im Hochschuländerungsgesetz enthalten sind. Daraus kann man keineswegs ableiten, Ziel seien nur Fachhochschulstudiengänge, und das andere wolle man aus anderen Gründen weiter nach hinten schieben.

Lassen Sie mich neben diesen allgemeinen Bemerkungen für meine Fraktion noch ein zweites sagen. Frau Ministerin Brunn hat angesprochen - und das steht in dem "Konzept 2001" und nicht im Hochschuländerungsgesetz -, daß der Bereich der Medizinstudiengänge neu zu ordnen ist. Ich halte es für falsch, wenn Herr Kollege Schultz-Tornau dazu nur sagt, die Reduzierung in diesem Bereich sei das Gegenstück von Öffnungspolitik. Unsere Fraktion überlegt, ob man nicht im Rahmen des Hochschuländerungsgesetzes auch eine Passage einbringen muß, die deutlich macht, daß es bei der Reduzierung der Lehrkapazität im Bereich der vor-klinischen Fächer darum geht, in anderen

- (C) Mangelfächern zusätzliche Kapazität zu schaffen; die Informatik wäre ein solcher Bereich, der stark nachgefragt ist und für den wir unbedingt zusätzliche Studienmöglichkeiten benötigen.

Wenn man insgesamt sieht, was wir zur Zeit im Bereich der Quantitäten tun und daß wir das mit der Überschrift "Umwidmung" versehen, wird deutlich, daß wir nicht die Absicht haben, Quantitäten abzubauen, solange es einen deutlichen Run auf unsere Hochschulen gibt und solange wir hohe Studienanfängerzahlen und hohe Studentenzahlen haben, sondern daß wir darüber nachdenken, wie wir umwidmen können. Im Sinne einer solchen Umwidmungsmaßnahme kann man, wie ich glaube, die Reduzierung in einem stark nachgefragten Studiengang zugunsten eines anderen stark nachgefragten Studiengangs vertreten. Wir überlegen, ob man das Hochschuländerungsgesetz nicht noch in dieser Richtung verändern und ergänzen muß.

Ein letztes zum Standort Hagen! Ich habe dort vielfältig öffentlich diskutiert, ich habe auch mit den Vertretern der Region gesprochen. Ich bin auch häufig in der Hochschule dort. Ich kenne die Schwierigkeiten, die durch die Konzentration und Neuordnung der Studiengänge entstanden sind. Aber diese Hochschule hat in den letzten Jahren durch kleinstmütige Querelen, unnötige Rechtsstreite und viele andere Dinge ihre Arbeitsmöglichkeit so stark belastet, daß sie zu dem, was im Interesse der Region wirklich erforderlich gewesen wäre, nämlich innovative Angebote zu machen, nicht gekommen ist.

(D) Es ist doch erstaunlich, daß wirklich interessante Sachen wie Medizintechnik und ähnliches jetzt kommen. Fünf Jahre nichts, und jetzt kommt die Fachhochschule damit. Das kann ich nicht verstehen, und ich muß eigentlich auch die Vertreter der Region fragen: Warum habt ihr eurer Hochschule nicht schon lange einmal auf die Füße getreten und ihr gesagt, sie schlafe offensichtlich und tue nicht das, was erforderlich ist?

(Zustimmung bei der SPD)

In diesem Zusammenhang stehen zwei Behauptungen im Raum. Die eine Behauptung lautet: Die Region Mark insgesamt wird ihrer Zukunft beraubt, weil die interessanten Fachhochschulgänge, die auch von der Wirtschaft nachgefragt werden, abgezogen werden. Wenn man aber ernsthaft mit den Leuten auch der Industrie- und Handelskammer spricht und fragt, was sie denn wollten, ob sie Bauingenieure wollten, erhält man zur Antwort: nein. Braucht ihr Architekten? - Nein.

(Kniola (SPD))

- (A) Braucht ihr Sozialarbeiter? - Nein. Braucht ihr Sozialpädagogen? - Nein!

Die sagen ganz klar: Wir brauchen die Studiengänge - eine Ausnahme ist die Elektrotechnik; diesen Studiengang wollen wir auch erhalten -, die in Iserlohn zu Hause sind. - Und diese Studiengänge bleiben unverändert am Standort Iserlohn erhalten. Es kann doch nicht die Rede davon sein, daß im Zusammenhang mit diesem Konzept die innovativen Fächer aus der Region Mark abgezogen werden. Wenn das so dargestellt wird, dann ist das nach meiner Auffassung unredlich.

Es geht dann noch darum, ob der Name Fachhochschule, ob diese Verwaltungsstelle dort bleibt. Das sind, Herr Kollege Haak hat darauf hingewiesen, Dinge, die wir bereden. Wir treten erst in die Debatte ein und sind nicht bereits in der zweiten Lesung und auch nicht bei der abschließenden Beratung.

Ich denke, daß der vorliegende Gesetzentwurf eigentlich das Optimum dessen darstellt, was wir tun können. Ich sage klar und deutlich: Wir müssen, wieder aus der Sicht des Gesamtlandes, sehen, daß wir hier Ressourcen freischaufeln, die wir bei anderen Organisationslösungen binden würden, die uns dann eben nicht für Innovationen in zukunfts-trächtigen Fächern, möglicherweise an anderen Standorten, aber auch ganz besonders am Standort Hagen, zur Verfügung ständen.

- (B) Damit komme ich zu dem zweiten, was gesagt werden muß, auch wenn man es dort vor Ort nicht gerne hört. Wir stehen hier vor einem klassischen Interessenkonflikt zweier am Ort vorhandener Institutionen. Ich betone, damit für jeden deutlich ist, wo die Reise aus unserer Sicht hingehen soll: Wenn die Studiengänge aus der Haldener Straße - also Architektur, Bauingenieurwesen und Elektrotechnik mit der Verlagerung nach Iserlohn - abgezogen werden, soll dort die Fernuniversität mit zukunfts-trächtigen Studiengängen untergebracht werden, und zwar mit Labor- und Forschungsstätten. Wenn mir irgend jemand aus der Region sagt, daß die Schaffung von CAD-Arbeitsplätzen, von Forschungskapazität, von in dem Zusammenhang anderen hochinteressanten Dingen in bezug auf den Computereinsatz für die Region nicht interessant seien, muß ich fragen: Glaubt ihr denn wirklich, daß Bauingenieure traditioneller Art für die Region interessanter wären? Ich denke, daß eigentlich aus wohlverstandenen Interesse die Schaffung von Forschungs- und Laboreinrichtungen für diese beiden Studiengänge am Standort Hagen eine größere Priorität auch um der Zukunft der Region willen besitzen müßte.

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Abg. Kniola, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Diegel?

(C)

(Kniola (SPD): Bitte!)

Diegel (CDU): Herr Kniola, lieber Kollege, ich möchte Sie jetzt wirklich untertänigst fragen,

(Heiterkeit bei der SPD)

wirklich in aller Bescheidenheit fragen: Glauben Sie tatsächlich das, was Sie eben gerade gesagt haben? Glauben Sie, daß eine Fernuniversität, die keine Präsenzuniversität ist, in die Fußstapfen einer Fachhochschule und in deren Programmbereiche hinein als eine Ersatzlösung treten könnte?

Kniola (SPD): Herr Kollege Diegel, sie wird dies nicht tun können für die Ausbildung von jungen Menschen, die anschließend in der Region tätig sind. Das ist völlig unstrittig.

Deswegen noch einmal: Der Studiengang, der in Hagen interessant ist, bleibt in der märkischen Region. Das ist der Studiengang "Elektrotechnik".

Noch einmal klar und deutlich: Für die anderen Studiengänge sehe ich nicht den großen Bedarf, und dieser ist mir aus der Region auch nicht vorgetragen worden.

(Diegel (CDU): Fragen Sie doch die Fachhochschule!)

(D)

- Daß die Fachhochschule pro domo spricht, ist doch selbstverständlich. Ich kann doch von vornherein voraussetzen, daß sie sich für die Erhaltung der traditionellen Studiengänge einsetzt. Damit argumentieren Sie aber doch nicht. Ihre Argumentation, die ich auch von Dr. Fischer und Dr. Haak gehört habe, lautet: Die Region hat ein Interesse daran. Dazu muß ich noch einmal klar und deutlich sagen: Das wird die Fernuniversität nicht leisten können; das habe ich auch nicht vorgetragen.

Wenn wir uns aber den anderen Teil der Aufgabenstellung von Hochschulen anschauen, nämlich in die Region im Sinne von Technologietransfer hineinzuwirken, dann geschieht das doch im wesentlichen nicht nur dadurch, daß man junge Menschen ausbildet, sondern im wesentlichen dadurch, daß am Ort vorhandene Forschungsstätten sowohl ihren Beitrag, ihre Ideen in die Region hineinbringen wie auch umgekehrt die Region diese am Ort vorhandene Forschungskapazität nutzt. Das Dortmunder Technologiezentrum bzw. der

(Kniola (SPD))

- (A) Technologiepark ist ein exzellentes Beispiel dafür, wie so etwas funktioniert. Ich kann mir vorstellen, daß gerade bei Schaffung von Forschungsmöglichkeiten - ich habe von "Forschungsmöglichkeiten" gesprochen - am Standort Hagen auch die Region Hagen erkennen wird, daß sie damit, was Technologietransfer angeht, wirklich einen Zukunftsgewinn hat. Insofern, Herr Kollege Diegel, läuft Ihre Frage ins Leere. Ich glaube an das, was ich sage, und hoffe nur, daß die Region diese Chance auch erkennt und nutzt. Ich meine, daß diejenigen, die völlig zu Recht darauf hingewiesen haben, wie schwierig die wirtschaftliche Situation in Hagen ist, wie schwierig die wirtschaftliche Entwicklung dort verläuft - auch dort hat es Probleme im Stahlbereich gegeben -, diesen Zukunftsaspekt ein bißchen zu wenig sehen.

Für uns gibt es aus der Situation heraus, daß wir das vorhandene knappe Geld nur einmal ausgeben können, entweder die Chance, diese zukunftssträchtigen Bereiche am Standort Hagen im Organisationszusammenhang mit der Fernuniversität auszubauen oder auf die traditionsorientierten Wünsche der Fachhochschule einzugehen. Mir ist, vor diese Alternative gestellt, die Zukunft wichtiger als der Erhalt der 168jährigen Tradition.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich erteile nunmehr das Wort Herrn Abg. Prof. Dr. Posdorf für die Fraktion der CDU.

(B)

Dr. Posdorf (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zunächst einmal muß ich um Entschuldigung bitten, daß ich gerade, als ich das erste Mal aufgerufen worden bin, nicht anwesend war. Ich war bei den 8 000 protestierenden Studenten draußen.

(Zurufe von der SPD)

- Ich habe von 8 000 gehört, kann es aber nicht so genau schätzen. Auch einige andere Kollegen waren dabei. Ich hoffe, daß das verstanden wird, denn das ist auch eine Form, sich einmal vor Ort kurz blicken zu lassen.

(Dr. Kraft (SPD): Was haben Sie denen denn versprochen?)

Es waren auch einige Kollegen von Ihnen dort. Ich meine, das sollte dann als Entschuldigungsgrund gelten.

Ich möchte Ihnen zu dem hier vorliegenden Hochschuländerungsgesetz kurz meine Version erzählen. Vor gut zweieinhalb Jahren hat der

Ministerpräsident - ich möchte ihn, weil es so schön paßt, als Chefarzt dieser Landesregierung betrachten - die Frau Ministerin Brunn zur Hochschuloberärztin ernannt, damit sie die von ihm zu verantwortende Entwicklung im Hochschulbereich korrigieren möge.

(C)

Die Frau Ministerin schlüpfte auch behende in den weißen Kittel und diagnostizierte für den Patienten Hochschullandschaft Nordrhein-Westfalen kühn: Er ist zu dick. Deshalb ordnete sie flugs Gewichtsverlust an. Ganz abgesehen davon, ob diese Diagnose stimmt: Ich bin der Meinung, unsere Hochschulen müßten zielorientiert mit ihren Pfunden wuchern; denn Wissenschaft und Forschung sind die Motoren für eine gute Zukunft.

Nun wurde nicht etwa eine vernünftige Diätkur angeordnet, sondern der Weisheit folgend, daß Gewichtsverluste am schnellsten zu erreichen sind, wenn man Amputationen vornimmt, schaffte man die Voraussetzungen dafür. Eine Voraussetzung dafür war der Artikel 11 in den Hochschulgesetzen. Das heißt also: In den Hochschulgesetzen steckt genügend Material, das zu Amputationen benutzt werden kann.

Ich bin nun etwas verwundert: Heute scheinen hier die regionalen Aspekte vorherrschen zu haben. Es hat noch niemand auf die Veränderung des § 109 hingewiesen, in der mehr steckt, als man sich vorstellen kann. Vor zehn Tagen erst sind die Hochschulgesetze in Kraft getreten, und nun muß schon wieder ein neues Instrumentarium hergebracht werden, weil die anderen beschlossenen nicht ausreichen, um die Hochschulen in den Würgegriff zu nehmen.

(D)

Das Resultat des § 109 ist doch nichts anderes als: Und bist du nicht willig, so brauch' ich Gewalt, nach der Devise: Wer die segensreichen Taten dieser Landesregierung nicht als solche erkennt, wird halt mit Daumenschrauben und Würgegriffen dazu gezwungen. Ich muß Ihnen ganz ehrlich sagen: Was ich bei der Weiterverfolgung dieses Gedankenganges sehe, ist eine Horrervision, nämlich: nordrhein-westfälische Hochschulen als Marionetten dieser Landesregierung, verursacht durch § 109 und Artikel 11.

Das ist eine Ausdörrungsstrategie, die im Grunde genommen, verehrte Frau Brunn, Ihre vielpropagierte Dichte der Hochschullandschaft, die wir haben, konterkarieren wird. Ich kann Ihnen nur im Namen meiner Fraktion versichern, daß wir eine derartige Entscheidung, nämlich Ihr totales Versagen in anderen Politikbereichen jetzt auch noch

(Dr. Posdorf (CDU))

- (A) vollends auf den Bereich der Hochschulen auszudehnen, nicht mittragen werden.

Ich muß auch ganz ehrlich sagen: Es ist so ähnlich, als wenn Sie hier mit Kreide im Mund sprächen. Herr Kollege Kniola versucht beredt, alles zu begründen, Frau Brunn erzählt uns immer wieder ihre altbekannten Märchen, sagt uns, wir würden Organisationsunruhe in die Hochschulen tragen. Ach, du böse Opposition! Ich frage Sie: Was machen Sie denn mit diesen sektoralen und konsekutiven Eingriffen in die Hochschullandschaft? Meinen Sie etwa, das würde für die Hochschulen Organisationsruhe bedeuten?

Ich kann nur sagen, daß unsere Hochschulen durch solche Maßnahmen sogar in den Geschäften der laufenden Verwaltung blockiert werden, Frau Brunn. Sehen Sie einmal in die Hochschulen hinein, wie es mit neuen Berufungen aussieht, wie es beispielsweise in Bochum aussieht: daß neue Besetzungen nicht stattfinden können, weil die Hochschulen nicht wissen, was auf sie zukommt. Und jetzt drohen Sie ihnen: Wenn ihr nicht das tut, was wir wollen, dann wird unser § 109 ziehen. Das heißt: Dann werden wir auf dem Erlaßwege Kooperationen erzwingen. Sie sind auf dem besten Wege, angesammeltes Potential nicht zu mehren, nicht zu aktivieren, sondern zu verspielen.

- (B) Ich bin im Gegensatz zu Ihnen, Herr Kollege Kniola, nicht der Ansicht, daß ein Gesamtkonzept nicht vorliegen muß, weil es bindet. Ein Gesamtkonzept ist eben der Rahmen, der abgesteckt werden muß, in dem man sich frei bewegen und entfalten kann. Was Sie hier machen, ist das Einführen von Korsettstangen und die Beschneidung dieses Rahmens.

Wenn Sie einen solchen Gesamtplan nicht haben, dann sollten Sie den Mut haben, auch dies uns allen zu gestehen. Sie sollten dann den Mut haben zu sagen: Wir haben uns nicht vorbereitet, ich kann es nicht, ich packe es nicht. Dann gestehen Sie das doch ganz einfach ein. Sie sollten den Mut haben, uns zu gestehen, daß Sie nicht fähig sind, zukunftsorientiert für unser Land zu arbeiten - mit den natürlich für Sie daraus resultierenden Konsequenzen.

Ich habe hier schon einmal gesagt und möchte es wiederholen: Wir sind hier in Nordrhein-Westfalen nicht in einer Wüste, und wir können uns, meine Damen und Herren, Ihre ulkigen Sandkastenspielen nicht mehr leisten. Wenn Sie im Sandkasten spielen wollen, dann, bitte, gehen Sie in die Wüste!

Unser Land und unsere Hochschulen sind dafür zu schade. (C)

(Beifall bei der CDU - Zurufe von der SPD - Gegenrufe von der CDU)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich erteile Frau Ministerin Brunn das Wort.

Frau Brunn, Minister für Wissenschaft und Forschung: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Auf den Vergleich von Herrn Posdorf aus der Medizinsatire möchte ich nicht eingehen. Ich habe mich zu der Frage gemeldet, die in der Debatte mehrfach ein Rolle gespielt hat, nämlich: Wie können wir erreichen, daß unsere Hochschulen den Beitrag zur Modernisierung unseres Landes leisten, den sie gern leisten würden und den auch die Regionen von ihnen erwarten?

Ich glaube, die Hochschulen können diesen Beitrag nur leisten, wenn wir ihnen nicht nur die Mittel und die Möglichkeiten geben, sondern sie auch nicht in einem Zustand halten, in dem sie bestimmte Felder, die sie nicht ausfüllen können oder die nicht genutzt sind, um jeden Preis erhalten müssen. Wir müssen in aller Klarheit sagen, daß nicht nachgefragte Studiengänge eben kein Gewinn für die Region sind. Wir müssen bereit sein, das auszusprechen, und wir müssen auch bereit sein, danach zu handeln, um Feld für Veränderungen zu schaffen.

Nun weiß ich, daß es bitter ist, wenn unter Umständen 100 oder 160 Jahre alte Institutionen - wie in Hagen - solchen Kriterien heute nicht mehr standhalten, weil eben auch die Veränderungsmöglichkeiten vor einigen Jahren verpaßt worden sind. Aber wir achten mit Sorgfalt darauf, daß die Einschnitte schonend sind und kein weiteres Ausmaß als irgend notwendig erhalten. (D)

Daraum stehe ich zu dem, was wir hier vorschlagen, weil es nach sehr langer Überlegung das ist, was diese Möglichkeiten der Erneuerung wahr, gleichzeitig aber auch maßvoll ist. Ich wäre dem Landtag dankbar, wenn er dies mit unterstützen könnte.

Eine Anmerkung zu dem Stichwort Organisationsunruhe!

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

- Unruhe gibt es nicht nur hier im Saal, Unruhe gibt es natürlich auch in den Hochschulen, wenn dort etwas verändert wird.

Um diese Organisationsunruhe nicht zu einem anhaltenden Prozeß werden zu lassen, muß

(Frau Minister Brunn)

- (A) man solche Veränderungen in absehbarer Zeit durchsetzen und zu einem Abschluß bringen. Deshalb meine ich: Das darf nicht länger als noch einige Monate dauern, bis klar ist, was getan wird und was nicht, damit die Hochschulen dann wirklich wieder zu ihren eigentlichen Aufgaben zurückkehren können.

Das ist der Grund, weswegen wir in den letzten Monaten immer wieder Anträge auf Vertagung, zur Einsetzung von Expertenkommissionen und sonstige Anträge abgelehnt haben. Und dies ist ebenfalls der Grund dafür, weshalb wir nicht etwa Gesetze machen wollen, in denen die neuen Studiengänge womöglich alle aufgezählt werden, weil das nämlich zur Petrifizierung der Hochschul-landschaft führen würde. Genau diese Petrifizierung wollen wir nicht; wir wollen die Hochschulen erneuerungsfähig halten; das ist unsere politische Zielsetzung.

Ich möchte noch etwas zu diesem § 109 WissHG sagen, der die Rechtsgrundlage für eine Verordnung für den Fall schaffen soll, daß es den Hochschulen nicht selber gelingt, Pläne für eine Zusammenfassung beispielsweise von Lehrerbildung zwischen zwei Hochschulstandorten zustandezubringen. Dieser § 109 kommt dann zur Auswirkung, wenn es an den Hochschulstandorten anders nicht möglich ist; dann muß eben die Regierung ihrerseits den entsprechenden Vorschlag machen. Aber wenn die Hochschulen das von sich aus tun, ist auch dagegen nichts einzuwenden. Natürlich geben wir der Eigeninitiative den Vorzug, wenn es sich so verhielte.

Ich muß sagen, daß ich mit einem gewissen Erschrecken, auch wenn es zum Teil aus der emotionalen Debatte um alte Institutionen verständlich ist, Begriffe verfolge wie "lautlos töten", "kaputtschlagen", "zerschlagen" und ähnliche. Ich meine, wir sollten sehr vorsichtig mit solchen Ausdrücken sein, weil nämlich hier zum Teil mit Begriffen eskaliert wird.

(Anhaltende, ständig zunehmende Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Vizepräsident Dr. Klose: Einen Augenblick, Frau Minister! - Allmählich verstehe ich schon an meinem Platz hier nicht mehr, was vorge-
tragen wird! Ich bitte Sie wirklich, meine Damen und Herren, jetzt Rücksicht zu nehmen. - Bitte schön!

Frau Brunn, Minister für Wissenschaft und Forschung: Ich warne also davor, mit Begriffen Dinge zu eskalieren, die bei näherem Hinsehen in keiner Weise diese Bezeichnung

dulden. - Ich sage das in allem Ernst, weil ich zum Teil sehe, wie dann fehlgeleitete, völlig falsche Auffassungen herrschen.

(Zustimmung bei der SPD)

So höre ich von Aachen "Zerschlagung der Philosophischen Fakultät", obwohl die Landesregierung schon dreimal beschlossen hat, die Philosophische Fakultät in Aachen zu erhalten, dort neue Studien zu ermöglichen, aber die notwendigen Veränderungen vorzunehmen. Eine solche Formulierung ist abwegig; denn die Bürger werden durch solche Begriffe irregeleitet. - Oder zu formulieren "Tötung eines Hochschulstandortes", ist auch abwegig, weil nämlich tatsächlich in Hagen eine Hochschule besteht.

(Erregter Zuruf des Abg. Dr. Rohde (F.D.P.))

Ich meine, wir sollten darauf achten, daß wir schwierige Entscheidungen mit den dafür notwendigen Formen versehen, da es sonst sehr gefährlich ist, was an Breitenwirkungen daraus entstehen kann.

Auf einen Punkt möchte ich noch eingehen, meine Damen und Herren, wenn Sie mir erlauben, das zu sagen.

(Anhaltende Unruhe)

Die Vergleiche, die hier mehrfach gezogen werden, und zwar zwischen den Arbeitsplatzsorgen, die die Stahlarbeiter und die Bergarbeiter haben, und den Veränderungen im Hochschulbereich, bei denen niemand einen Arbeitsplatz verliert, erfüllen mich mit einer gewissen Bitterkeit, wenn ich das Ausmaß der Probleme sehe, vor denen heute beispielsweise die Stahlarbeiter in Duisburg stehen.

(Lebhafte Zustimmung bei der SPD)

Ich habe kein Verständnis dafür, wenn man deren Sorgen durch einen folkloristischen Protest abstaubt, der in Wirklichkeit dieses Ausmaß des Vergleichs nicht rechtfertigt. Das sage ich in aller Deutlichkeit, auch wenn ich mir hiermit keine Freunde machen sollte.

(Zustimmung des Abg. Wendzinski (SPD))

Ich möchte noch etwas anmerken. Ich halte es auch nicht für gut, wenn man sagt, grundsätzlich erkennen wir einen solchen Prozeß der Veränderung an, dann aber die Großen hingehen, immer auf die Kleinen zeigen und sagen: Macht doch eine andere Hochschule zu! oder: Stellt hier etwas ein, stellt da

(C)

(D)

(Frau Minister Brunn)

- (A) etwas ein!, und zwar nach dem Sankt-Florian-Prinzip: Verschönern mein Haus, zünd' andere an! Mit einem solchen Prinzip kann man, wie ich glaube, keine vernünftige, strategisch sinnvolle Hochschulpolitik betreiben. - Ich lege großen Wert darauf, daß man von Standort zu Standort darüber redet, was dort jeweils das Richtige ist.

Wir jedenfalls bemühen uns, nach bestem Wissen und Gewissen für die Standorte das vorzuschlagen, was für sie jeweils das Erträglichste im Rahmen des Gesamtzusammenhangs ist.

Ich warne davor, immer wieder von "Gleichbehandlung aller Standorte" sprechen zu wollen. Was historisch unterschiedlich ist, was unterschiedlich gewachsen ist, was unterschiedliche Aufgaben hat, kann man nicht nach dem Einheitsprinzip "mit dem Rasenmäher" behandeln. Ich denke, wir sind gut beraten, zu diesen schwierigen Vorschlägen gekommen zu sein, die wir jetzt gefunden haben. Ich bitte darum, entsprechend weiter zu verfahren.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich erteile das Wort Herrn Abg. Diegel für die Fraktion der CDU.

(Oh-Rufe von der SPD - Anhaltende Unruhe)

- (B) Diegel (CDU): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte zunächst, bevor ich auf den regionalen Aspekt meiner Rede komme, für die CDU-Fraktion ganz kurz zu dem Antrag der F.D.P. Stellung nehmen. Diesem Antrag der F.D.P. kann so, wie er hier vorgelegt worden ist, von uns hier und heute nicht zugestimmt werden,

(Zustimmung bei der CDU)

und zwar nicht deswegen, weil wir nicht in unserem Inneren ähnlich dächten wie Sie, Herr Rohde, sondern deshalb, weil wir der Meinung sind, wir sollten uns an parlamentarische Gepflogenheiten halten.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der SPD)

Das bedeutet für uns, daß wir es vorziehen, den Antrag zunächst an den Fachausschuß zu überweisen, um dann hier im Plenum eine Abstimmung über diesen Antrag herbeizuführen. Ich würde Sie, meine Damen und Herren von der F.D.P.-Fraktion, bitten, sich möglicherweise bei der Einbringung Ihres Antrags

noch einmal mit dieser Überlegung zu befassen. (C)

(Dr. Pohl (CDU): Richtig!)

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Seit einigen Tagen stehen wir unter dem Eindruck der sich in Duisburg anbahnenden Arbeitskatastrophe. Dies macht uns alle sehr betroffen, und ich stimme hier den Äußerungen von Frau Brunn vorbehaltlos zu. Dieses Ereignis hat aber auch dazu geführt, daß alle politischen Kräfte unseres Landes sich für die Erhaltung bzw. Neuschaffung von Arbeitsplätzen einsetzen sollten.

Der uns vorliegende Gesetzentwurf über Änderungen im Hochschulbereich ist nicht gerade ein Beispiel dafür, daß die SPD-geführte Landesregierung in ihrem eigenen Bereich dazu bereit ist, die Erhaltung von Arbeitsplätzen in den Vordergrund ihrer Bemühungen zu stellen.

Als Hagener Abgeordneter will ich deshalb ohne Wenn und Aber Partei für die Erhaltung der Fachhochschule Hagen ergreifen.

(Aigner (SPD): Diese Fachhochschule ist für das ganze Land da, nicht nur für Hagen!)

Die Fachhochschule Hagen hatte eine lange Tradition. Sie ist mit der Geschichte Hagens eng verbunden und hat ihre Wurzeln seit 1824 in den mittelständischen Unternehmen unserer Region. Die Fachhochschule Hagen ist bei Studenten beliebt und besitzt hinsichtlich ihres hohen Ausbildungsniveaus einen ausgezeichneten Ruf über Hagens Grenzen hinweg. (D)

Über 50 % der Absolventen der Hagener Fachhochschule finden eine erste Anstellung im märkischen Raum. Über 50 %! Deutlicher, meinen wir, können die mittelständischen Unternehmen des märkischen Raumes ihre Wertschätzung für die Fachhochschule Hagen kaum mehr beweisen.

Technologietransfer ist in Hagen also kein Fremdwort. Zwischen Lehrenden, Studierenden und Unternehmen gibt es vielfältige Kontakte und Berührungspunkte. Zu den wenigen unbestreitbaren Standortvorteilen Hagens gehört die Fachhochschule Hagen.

Herr Ministerpräsident - leider ist er nicht da; aber ich gehe davon aus, daß er die Protokolle nachliest -, Sie haben etliche Schreiben von mittelständischen Verantwortungsträgern aus dem märkischen Raum erhalten, in denen Ihnen die Unternehmerschaft unseres Raumes eindringlich vor Augen

(Diegel (CDU))

- (A) geführt hat, welche fatalen Auswirkungen die Schließung der Fachhochschule Hagen für uns haben wird. Dies ist in Hagen im übrigen auch kein parteipolitischer Streitpunkt. Alle, alle Verantwortungsträger in Hagen - ob es der DGB, die Arbeitgeber, die Kammern, der Rat der Stadt oder auch die Hagener Parteien sind - haben Sie, Herr Ministerpräsident, sehr eindringlich gebeten, von den Schließungsplänen Abstand zu nehmen. Leider haben alle unsere Argumente nicht gefruchtet.

Herr Ministerpräsident - und das beklagen wir -, Sie haben uns und der Stadt Hagen auch keine noch so minimale Chance gegeben, Ihnen im Vorlauf Ihrer Kabinettsentscheidung unsere Argumente vortragen zu dürfen. Vor der Kabinettsentscheidung haben wir Sie um eine solche Chance gebeten. Sie haben einfach abgelehnt, sich mit uns zu unterhalten. Sie haben vom grünen Tisch aus entschieden, so wie wir es von Krupp im Falle Duisburg und von Thyssen im Falle Hattingen bereits gewohnt sind.

(Frau Friebe (SPD): Na, na! - Schmidt (SPD): Das stimmt nicht!)

Nach Ihrer Kabinettsentscheidung durften Hagener Verantwortungsträger dann Ihrer Fachministerin vortragen. Aber das war doch wohl eher der Versuch, dem Vorwurf vorzubeugen, man habe mit den Hagenern nicht gesprochen. Ich sage auch ganz deutlich: Dieses Gespräch hätten wir uns alle sparen können - wenn man den vorliegenden Gesetzesentwurf liest.

(B)

Herr Ministerpräsident, sehr geehrte Damen und Herren in der SPD-Fraktion! Sie machen der Stadt Hagen ein schlechtes Weihnachtsgeschenk. Rund 300 Arbeitsplätze werden im Raum Hagen verlorengehen; Dortmund und Bochum können sich freuen. Ist das Ihr Verständnis von Strukturpolitik: eine Region mehr oder weniger ausbluten zu lassen? Wir werden den Verlust dieser Arbeitsplätze in unserer Region, die in der Vergangenheit schon rund 15 000 Stahlarbeitsplätze verloren hat, kaum ausgleichen können. Die Wirtschaftsförderungsgesellschaft in Unna zum Beispiel hat ein Jahr lang harte Arbeit leisten müssen, um 1986 im Kreis Unna 300 neue Arbeitsplätze schaffen zu können.

Rund 4 000 Studenten haben in Hagen zu einem großen Teil Mieten bezahlt, Lebensmittel, Kleidung und Bücher eingekauft. Fast 4,5 Millionen DM hat die Fachhochschule über Aufträge jährlich an die mittelständischen Unternehmen im Hagener Raum vergeben.

Haben nicht politische Verantwortungsträger Ihrer Partei, Herr Ministerpräsident, 1975 eine Erweiterungsgarantie und 1982 eine Bestandsgarantie für die Fachhochschule Hagen abgegeben? Herr Ministerpräsident, lassen Sie nicht zu, daß der Vorwurf des Wortbruchs an die Landesregierung in Hagen abermals auftaucht und zur Verbitterung in unserem Raume beiträgt! Wir brauchen Ermutigung und nicht Entmutigung. Wir brauchen Vertrauen und wollen selbst nicht mißtrauen dürfen. Seien Sie bitte, Herr Ministerpräsident, in dieser Frage keine Wiederholungstäter, so wie Sie das gestern angekündigt haben! Halten Sie Ihr Wort, Herr Ministerpräsident!

(C)

(Frey (SPD): Der ist doch gar nicht da! Haben Sie das noch nicht begriffen?)

Gestatten Sie mir noch eine Bemerkung zum allgemeinen Teil Ihrer Begründung. Herr Ministerpräsident, diese uns vorliegende Begründung ist geradezu ein Plädoyer für die Erhaltung unserer Fachhochschule. Man kann über die Umstrukturierung von Studiengängen sprechen, aber doch nicht über die Schließung einer ganzen Hochschule, die derart positive Leistungen für eine ganze Region erbringt!

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Kollege Diegel, ich darf Sie an das Ende Ihrer Redezeit erinnern.

Diegel (CDU): Ich komme zum Schluß, Herr Präsident.

(D)

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Als Abgeordneter der Stadt Hagen fordere ich Sie im Namen von Rat und Verwaltung der Stadt, im Namen aller Parteien und Verbände, im Namen der Kammern und aller Bürger auf, die Fachhochschule zu erhalten und damit zur Sicherung der Zukunft des märkischen Raumes beizutragen. Alle Kolleginnen und Kollegen aus der SPD-Fraktion, die sich dem märkischen Raum durch ihr Mandat verpflichtet und verbunden fühlen, bitte ich herzlich um Unterstützung.

(Beifall bei der CDU - Aigner (SPD): Auch Sie sind für das ganze Land zuständig!)

Vizepräsident Dr. Klose: Meine Damen und Herren! Es gibt keine weiteren Wortmeldungen mehr, so daß ich die Beratung schließe.

Wir kommen damit zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die Überweisung des Gesetzesentwurfs an den Ausschuß für Wissen-